

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 2

April 1967

3. Jahrgang

OPD-Bezirk im Herzen Niedersachsens

Präsident Dr. Kurt Richter, Hannover

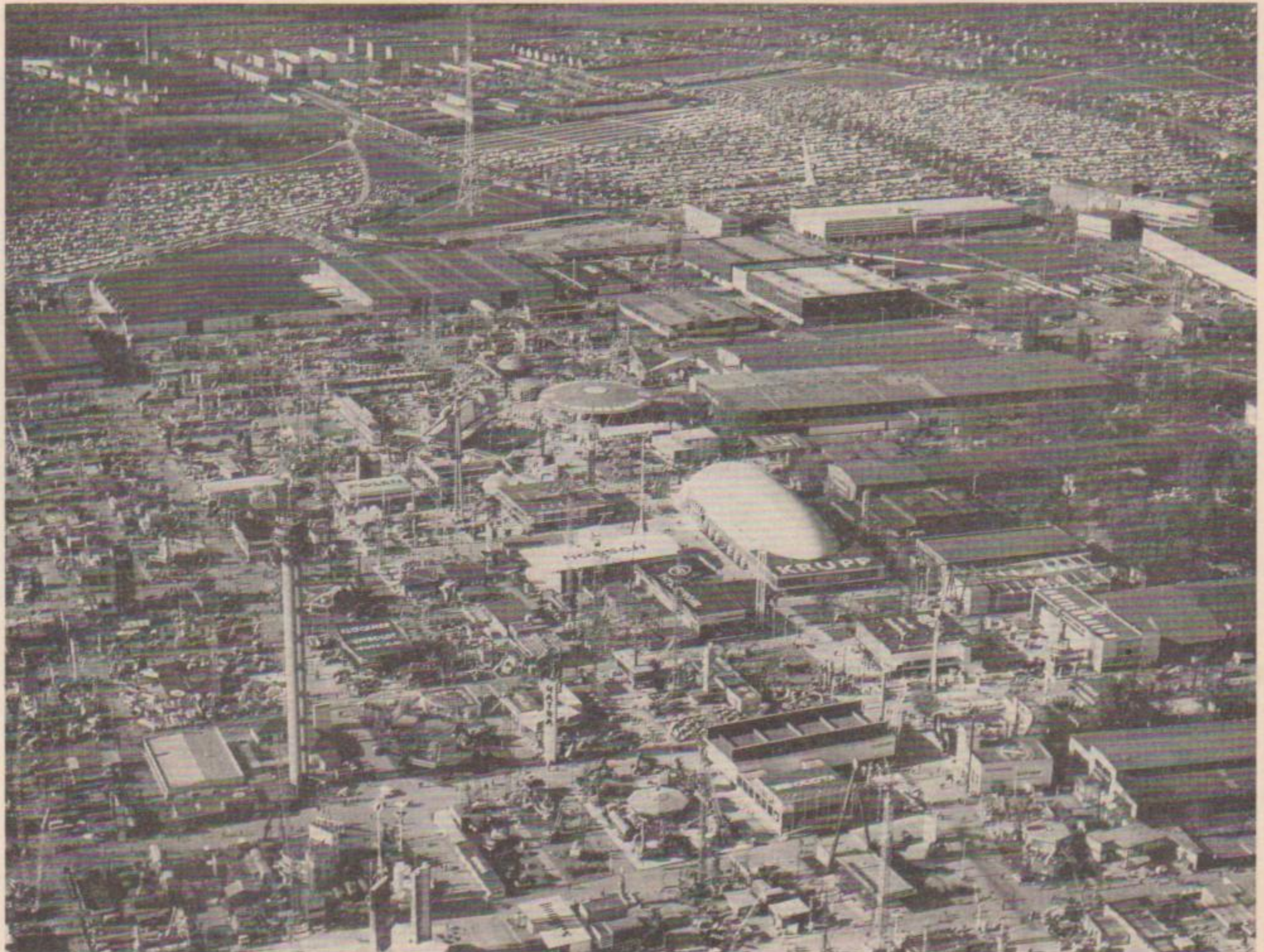
*Herrn
OPR Paffen*

317

Zwischen Weser und Elbe liegt im Kern Niedersachsens der OPD-Bezirk Hannover. Er umfaßt landschaftliche Ausdrucksformen und Merkmale unterschiedlichen Charakters. Im Süden des Bezirks ist bis zum Vorgebirge des Harzes ein vielfältiges Berg- und Hügelland mit dichten Wäldern und reizvollen Tälern vorherrschend. Schöne Wandergebiete tun sich hier auf, ohne großen Ruhm und nur schwach berührt vom Touristenstrom. Den nördlichen bis in die Nähe der Elbe reichenden Teil des Bezirks hingegen bestimmt die Ausdehnung der herben norddeutschen Tiefebene. Das besondere Kennzeichen dieses Teils ist die Weite der Lüneburger Heide, einer Landschaft, die aus fast

endlos scheinenden Heideflächen, Wäldern und Marschen besteht. Dieses Gebiet kennt noch verborgene, ländliche Lebensgestaltung, in Bräuchen von altersher ist dörfliche Prägung erhalten geblieben. Zwar ist es infolge zahlreicher Ölvorkommen da und dort der Gefahr ausgesetzt, „industrialisiert“ zu werden. Doch konnte der Naturschutz bislang noch Rettung bringen. Als Urlaubsgebiet erfreut sich die Lüneburger Heide seit jeher besonderer Beliebtheit bei denen, die den verschwiegene Zauber und die wohltuende Ruhe dieser Landschaft zu schätzen wissen. Auch das im Westen des OPD-Bezirks gelegene romantische Weserbergland, in dem die Dichter Wilhelm Raabe

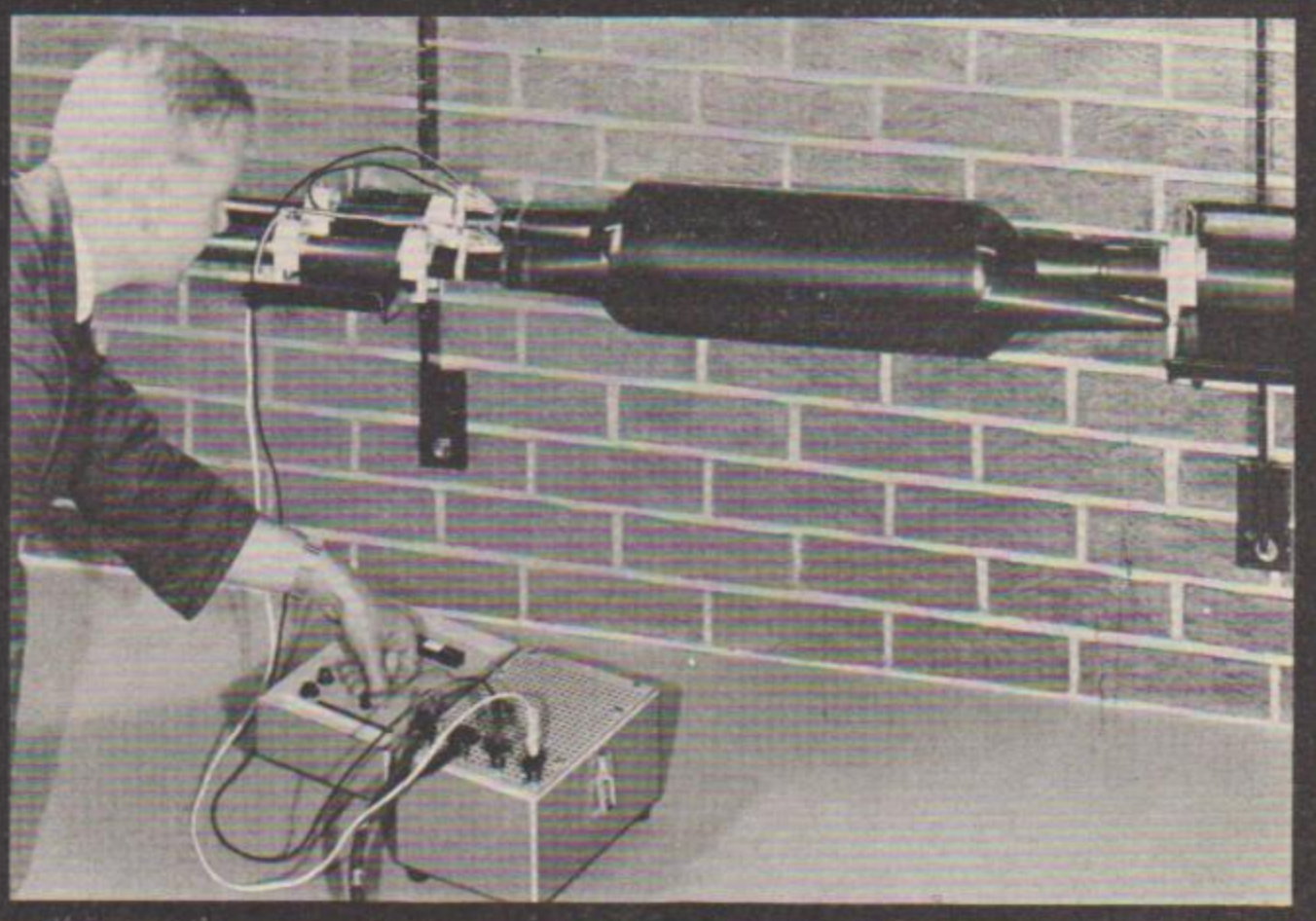
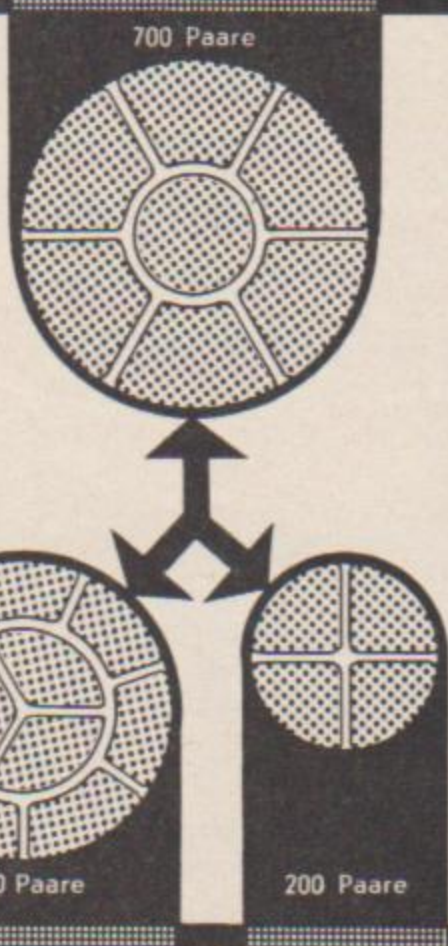
Hannover-Messe (Freigelände und Teil der Ausstellungshallen)



Polyäthylen-Teilnehmerkabel in Bündelverseilung für Fernsprech-Ortsnetze

Besondere Vorzüge:
 Geringe dielektrische Verluste
 Hohe Spannungsfestigkeit
 Wesentliche Erleichterung bei der Aufteilung
 Weitgehende Unempfindlichkeit gegen Feuchte
 Hohe mechanische Festigkeit und Formbeständigkeit
 Geringes Gewicht
 Große Fertigungslängen
 Glatte, saubere Oberfläche
 Große Korrosions- und Schwingungsbeständigkeit
 Gleicher Aufbau für Röhren- und Erdkabel
 Leichte Verlegung und Montage

250-006-4



Einfache Herstellung wasser- und druckgasdichter
 Verbindungen und Abzweige mit Polyäthylen-Muffen
 durch vollautomatisch arbeitendes Polyäthylen-
 Schweißsteuergerät

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

und Wilhelm Busch gelebt haben und in dem viele Märchen der Brüder Grimm entstanden sind, hat jährlich seine Ferienfreunde. Indessen ist in beiden Gebieten der Urlaubsbetrieb gering im Ausmaß, verglichen etwa mit den bekannten Erholungszentren Süddeutschlands.

Unterschiedlich wie das landschaftliche Bild ist auch die wirtschaftliche Gliederung des OPD-Bezirks. Während die Landwirtschaft in ihren verschiedensten Formen mehr in der Ebene des nördlichen Teils vertreten ist, überwiegt in den anderen Gebieten eine vielseitige Industrie. Stellenweise kommt noch die Forstwirtschaft hinzu, die aber aufs Ganze gesehen geringere Bedeutung hat.

Industrieller Schwerpunkt des Bezirks ist die 550 000 Einwohner zählende Stadt Hannover. Hier haben namhafte Unternehmen der Maschinenbau-, Kraftfahrzeug-, Gummi-, Erdöl-, Nahrungsmittel- und chemischen Industrie ihren Platz. Daneben ist Hannover als niedersächsische Landeshauptstadt politischer, verwaltungsmäßiger und kultureller Mittelpunkt. Die einstige Residenz der Herzöge und Könige und spätere, im letzten Kriege schwer zerstörte Provinzhauptstadt erfuhr nach 1945 einen beispielhaften Wiederaufbau nach einem exakten und großzügigen Plan, der neue Erkenntnisse des Städtebaus berücksichtigte. Es entstanden bemerkenswerte Neubauten, Hochhäuser, Wohnviertel und Geschäftsstraßen. Auch wurde eine großzügige Verkehrsplanung verwirklicht. Hannover erhielt ein neues Gesicht und wurde auch im repräsentativen Sinne zur Hauptstadt Niedersachsens. Daß die Stadt nach dem Krieg neue Wege eingeschlagen hat, wird besonders deutlich, wenn alljährlich zu Ende April die große Hannover-Messe ihre Pforten öffnet. Dann versammeln sich hier auf dem 89 Hektar großen Ausstellungsgelände unter dem Hermesturm rd. 6000 Aussteller, davon fast 1500 des Auslands, und die Führungskräfte der Industrie der Welt. Für den deutschen Export ist diese Messe von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Bei alledem ist Hannover eine Stadt im Grünen geblieben. Die Eilenriede, Hannovers idealer Stadtwald, der Maschsee und der dreihundert Jahre alte Barockgarten in Herrenhausen sowie manche grüne Enklave ermöglichen es, sich dem großstädtischen Getriebe zu entziehen.

Im Osten des Bezirks ist Wolfsburg, mit der Gründung und dem Gedeihen des Volkswagenwerks untrennbar verbunden, zum Begriff einer modernen Industrie-Siedlung geworden, die sich im raschen Fortschritt auf die Großstadtgrenze bewegt. Im gleichen Raum ist Peine zusammen mit dem benachbarten Groß Ilse der Sitz der niedersächsischen Schwerindustrie, die ihren gesamten Erzbedarf aus eigenen Gruben decken kann. Weitere im OPD-Bezirk vorhandene Bodenschätze sind Kalisalz, Kohle, Erdöl und Zementrohstoffe.

Wirtschaftliche Zentren bilden auch Hildesheim, die alte Bischofsstadt, in der sich trotz starker Zerstörung im letzten Kriege noch hervorragende Bauten und Kunstschätze befinden, und Hameln, die Stadt an der Weser, aus der die weltbekannte Rattenfänger-Sage stammt. Zu erwähnen ist noch die alte, am Südeingang zur Heide gelegene Herzogstadt Celle. Reich geschnitzte Fachwerkbauten und eindrucksvolle Steinfassaden geben diesem Ort eine heitere Note, der zu seinen mancherlei Sehenswürdigkeiten das berühmte Celler Landgestüt zählt.

Fortsetzung auf Seite 34

Inhalt

Präsident Dr. Kurt Richter, Hannover	
OPD-Bezirk im Herzen Niedersachsens	29
Vertretertag 1967 in Hamburg	32
Oberpostrat Dr. Friedrich Tockhorn	
Oberpostdirektion im Großraumbüro?	34
Oberpostrat a. D. Karl Bergmann, Hamburg	
Reichskanzler v. Bismarck und das Beamtentum	38
(Fortsetzung)	
Oberpostbaurat Dipl.-Ing. Horst Plath	
Was ist Netzplantechnik?	41
Oberpostrat a. D. K. Bergmann, Hamburg	
Kein Popanz des Herrn Dr. Tapfer	49
Mitteilung der FEFAS-PTT	50
Mitteilung der F.I.T.C.E.	51
Aus dem Bezirksverein Hamburg	52

Einsendeschluß für Beiträge jeweils 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon 2 24 95 / 96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
2 Hamburg 61, Bindfeldweg 8, Fernsprecher 58 62 58

Einzelheft: für Mitglieder —,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.
Anzeigenpreisliste 1 — Familienanzeigen dreispalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 2008 88,

Braunschweigische Staatsbank, Hauptbankkasse,
Konto-Nr. 101 790.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses ausdrücklich erwähnt.

Vertretertag 1967 in Hamburg

Nach dem Beschluß des letzten Vertretertages soll der diesjährige Vertretertag vom 26. bis 28. April dieses Jahres in Hamburg stattfinden. Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Hauptvorstand ist folgender Programmablauf vorgesehen:

Mittwoch, 26. April: Tagung des Hauptvorstandes im Sitzungssaal der OPD Hamburg. Begrüßungsabend im Kasino des Postscheckamtes Hamburg, ab 19.30 Uhr.

Donnerstag, 27. April: 9.00 bis 12.30 Uhr und 15.00 bis 17.00 Uhr:

Arbeitstagung im Sitzungssaal „A“ der OPD Hamburg,

Mittagessen im Restaurant „Landungsbrücken“.

D a m e n p r o g r a m m : vormittags Stadtrundfahrt, nachmittags Hafensrundfahrt und anschließend Kaffeerrunde im „Alsterpavillon“. (Teilnahme an der Festveranstaltung im Rathaus und am Gesellschaftsabend.)

Für die Tagesordnung des Vertretertages sind folgende Punkte vorgesehen:

1. Bericht des Vorstandes einschließlich des Kassenwarts
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes einschließlich des Kassenwarts
4. Wahl des Vorstandes und der Ersatzmänner
5. Bestellung von zwei Kassenprüfern
6. Bericht über die Zusammenarbeit mit den Verbänden des höheren Dienstes
7. Bericht über die Arbeit in den internationalen Vereinigungen
 - a) FITCE
 - b) FEFAS
8. Verschiedenes.

Freitag, 28. April: 9.00 bis 12.00 Uhr: Arbeitstagung mit Fachvortrag.

15.00 Uhr: Empfang des Hauptvorstandes beim Senat.

15.30 Uhr: Festveranstaltung im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg mit einer Begrüßungsansprache des Herrn Ersten Bürgermeisters Prof. Dr. Weichmann und einem Vortrag des Herrn Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesens Dr. rer. pol. Dollinger.

20.00 Uhr: Gesellschaftsabend im „Hotel Atlantic“. Mit gemeinsamem Essen.

Außerdem ist ein **Ausflug nach Kopenhagen** vom 29. April bis 1. Mai mit folgendem Programm geplant:

Samstag, 29. April: 8.45 Uhr Abfahrt mit einem Bus über die Vogelfluglinie nach Puttgarden.

12.00 Uhr Skandinavisches Büffet auf dem Hochseefährschiff während der Überfahrt von Puttgarden nach Rødbyhavn.

16.00 Uhr Ankunft in Kopenhagen, Stadtrundfahrt mit Besuch der wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

Übernachtung in Kopenhagen.

Sonntag, 30. April: 9.30 Uhr: Nordseeland – Rundfahrt mit Besuch der Schlösser Frederiksborg, Fredensborg und Kronborg.

Mittagessen in einem Seebad am Kattegat.

Übernachtung in Kopenhagen.

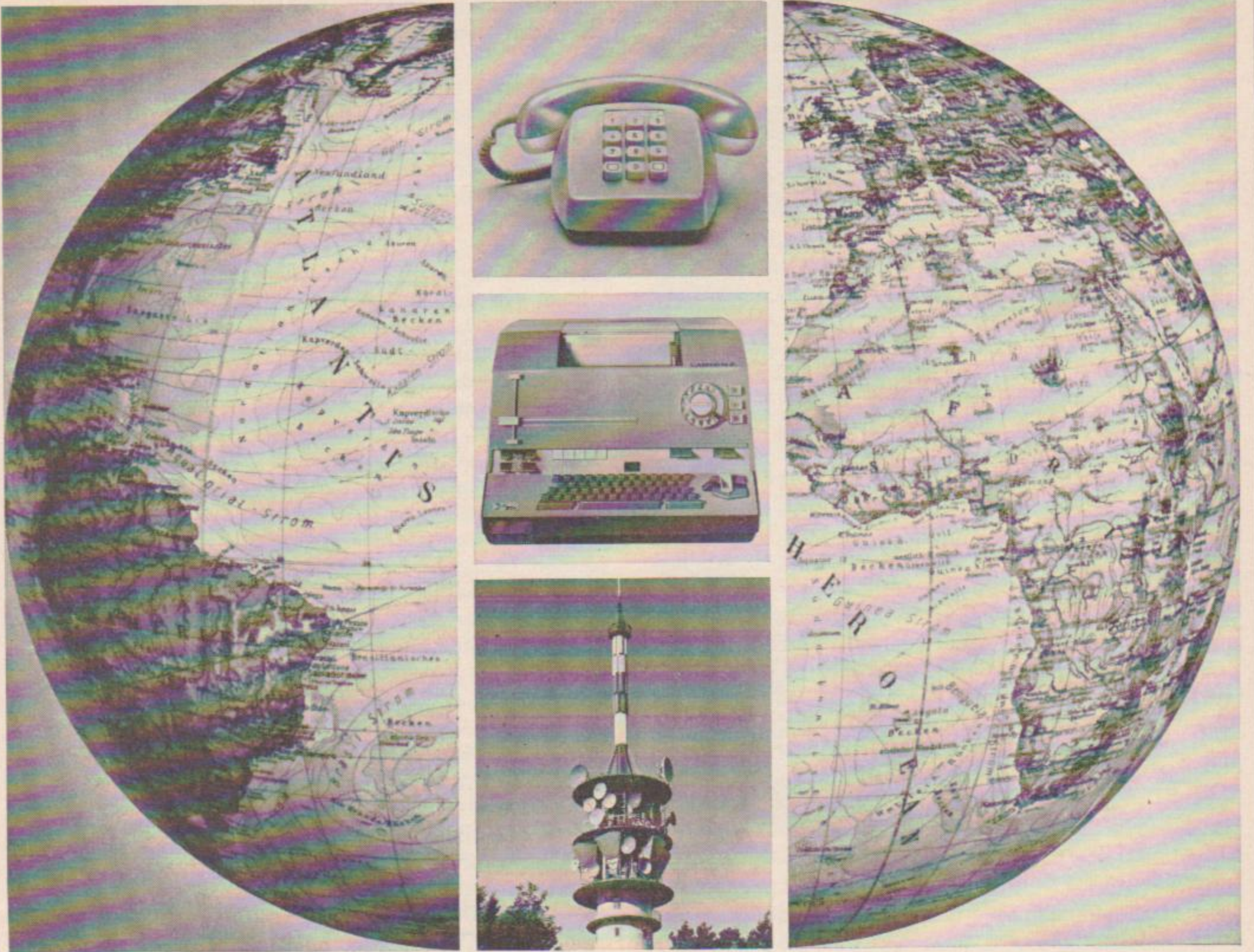
Montag, 1. Mai: Besichtigungsbummel durch Kopenhagen.

15.00 Uhr: Rückreise mit dem Bus nach Hamburg.

ca. 22.30 Uhr: Ankunft in Hamburg.

Der Teilnehmerpreis für diese Kopenhagenreise beträgt 145,— DM. Er enthält Fahrt, Unterkunft in guten Hotels, volle Verpflegung, Führungen, Eintrittsgelder und alle (auch die „freiwilligen“) Trinkgelder. Eingeladen zu dieser Reise sind nicht nur die Delegierten und ihre Damen, sondern auch alle anderen Kollegen der benachbarten Bezirksvereine. Am 1. Mai abends besteht Übernachtungsmöglichkeit in Hamburg.

Wir bitten Sie, schriftliche Anmeldungen für die Kopenhagenreise umgehend zu richten an: Herrn OPDir Dr. Kessler, 2 Hamburg 1, Postamt 3.



Moderne Nachrichtentechnik: Direktkontakt zum Puls der Welt

Informationen schnell und sicher verarbeiten, Fehlerquellen zuschütten, das Wort „Störung“ vergessen können. Das Ferne zum Nahen machen, die Welt mit einem Nachrichtennetz einfangen, Tausende von Kilometern auf Schaltplatte, Fernsehschirme und Telefonmuscheln zusammenziehen. Entwicklung von Kom-

munikationssystemen, die Entfernungen so schrumpfen lassen, wie es der Fortschritt verlangt: Aufgaben unserer Zeit – SEL hilft, sie zeitgemäß zu lösen.

SEL bietet alle technischen Voraussetzungen für einen rationellen Nachrichtenaustausch. Der SEL-Strahlenstern – das Zeichen eines Firmenverbandes von

Weltruf – ist das Symbol für Höchstleistungen auf den Gebieten: Fernsprechtechnik – Weitverkehr und Navigation – Kabel und Leitungen – Datentechnik, Fernschreiben und Informationstechnik – Bauelemente – Rundfunk, Fernsehen, Phono.

Standard Elektrik Lorenz AG · Stuttgart

... die ganze nachrichtentechnik



Die OPD Hannover kann zusammen mit den OPDn Frankfurt (Main) und Kiel in diesem Jahr auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Bei der Gründung umfaßte ihr Bereich das ganze Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover. Später wurde er laufend verkleinert. Die letzte Veränderung brachte indes eine geringfügige Erweiterung des Bereichs. Im Jahre 1946 wurden nämlich die Gebiete Schaumburg-Lippe und Grafschaft Schaumburg vom OPD-Bezirk Münster abgetrennt und wieder dem OPD-Bezirk Hannover angegliedert, dem sie schon einmal zugeordnet waren. Im Bezirk stehen heute 1600 Ämter und Amtsstellen des Post- und Fernmeldewesens für die postalische Versorgung der Bevölkerung, die fast 2,5 Millionen Menschen zählt, zur Verfügung. Darunter sind 33 selbständige Ämter. Etwas mehr als 22 000 Kräfte führen die verschiedenen Dienste einschließlich der Verwaltungsarbeit aus.

Die größten Ämter befinden sich im Verkehrsknoten Hannover. Allein das Annahme- und Zustellpostamt Hannover 1 mit seinen zahlreichen Amtsstellen beschäftigt 2800 Kräfte. Das Paketumschlagpostamt Hannover 2 besitzt eine neuartige Förder- und Verteilanlage mit einer Tageskapazität von 180 000 Sendungen. Die Anlage wurde wiederholt von Post- und Industrie-Fachleuten aus dem Ausland besichtigt. Das Bahnpostamt bedient 134 Bahnposten und nimmt den Briefabgangsdienst für Hannover und die nähere Umgebung wahr. Das Postscheckamt, zu dessen Arbeitsbereich die Bezirke Hannover und Braunschweig sowie Teile der Bezirke Bremen und Münster gehören, bearbeitet 253 000 Konten und zählt damit zu den größten Scheckämtern im Bundesgebiet.

Die Fernmeldeaufgaben des Bezirks werden von vier Fernmeldeämtern und dem Fernmeldezeugamt Hannover wahrgenommen, zu dessen Versorgungsbereich auch der OPD-Bezirk Braunschweig zählt. Das Kernstück des Fernmeldeamtes 1 Hannover, eines Weitverkehrsamtes, ist die Zentralvermittlung 5. Zusammen mit dem für die Orts- und Teilnehmerdienste sowie die Fernmeldebauaufgaben zuständigen Fernmeldeamt 3 bedient es Hannover und die nähere Umge-

bung. Darüber hinaus ist der Bezirk auf die Bereiche der Fernmeldeämter 2 und Uelzen aufgeteilt. Zwei Funkstellen im Nordosten des Bezirks sind über dessen Grenzen hinaus bedeutsam, und zwar die Übersee-Empfangfunkstelle bei Lüchow und die für den Nachrichtenverkehr mit Berlin erbaute Richtfunkstelle bei Gartow.

Im Fernsprechdienst kommen bei 223 000 Hauptanschlüssen und 166 000 Nebenanschlüssen auf 100 Einwohner etwa 15 Sprechstellen. Die Zahl der unerledigten Anträge auf Einrichtung eines Fernsprechan schlusses liegt mit 8500 unter dem Bundesdurchschnitt. Von den 245 automatischen Ortsvermittlungen des Bezirks ist die Wählvermittlung in Uetze erst vor einigen Monaten automatisiert worden. Bundespostminister Stücklen setzte hier am 29. April 1966 die letzte handbediente Ortsvermittlung des Bundesgebietes außer Betrieb, womit die im Jahre 1908 im OPD-Bezirk Hannover mit Errichtung der ersten öffentlichen und handbedienten Ortswählvermittlung in Hildesheim begonnene Entwicklung in diesem Bezirk auch abgeschlossen wurde. Die Teilnehmer können heute fast 92 % ihre abgehenden Ferngespräche im Selbstwählferndienst abwickeln. Im Jubiläumsjahr der OPD wird der Selbstwählferndienst nach 10 europäischen Ländern aufgenommen werden. Abschließend sei noch einiges über die Menschen in Niedersachsen gesagt. Der Heidedichter Hermann Löns bezeichnet sie als ernst, nüchtern und realistisch. Dem niedersächsischen Temperament fehlt das Pathos, es zeigt sich in der abwartenden Haltung, im vorsichtigen Urteil. Besonders den Hannoveranern wird übertriebene Reserve vorgehalten. Ein Beispiel dafür ist folgende Anekdote: Ein Hannoveraner geht durch ein Lokal. An jedem Tisch sitzen jeweils höchstens zwei Personen, aber es sind noch reichlich Stühle frei. Der Hannoveraner geht wieder hinaus. „Alles voll“ sagt er draußen zu dem wartenden Freund. — Im allgemeinen lautet die Antwort eines Hannoveraners auf diese Anekdote, das Verhalten zeige nicht in erster Linie Reserve und Zurückhaltung, sondern die Abneigung, jemand zu stören. Wir finden, darin offenbart sich ein Charakterzug, der Anerkennung verdient.

Oberpostdirektion im Großraumbüro?

Kritische Gedanken zum Vortrag von Professor Dr. Henn

Oberpostrat Dr. Friedrich Tockhorn

Professor Henn trägt interessante Gesichtspunkte zugunsten von Verwaltungsgroßraumbüros vor. Über die Brauchbarkeit derartiger Räume im Bereich der Post soll diskutiert werden. Mein Beitrag soll auf die aufgeworfene Frage begrenzt werden: Kann eine Oberpostdirektion in einem Großraumbüro arbeiten?

Professor Henn läßt offen, welchen Rahmen sein Großraum hat. Er läßt offen, ob seine ebenfalls nicht näher abgegrenzten „formellen“ oder „informellen“ Arbeitsgruppen je einen Großraum oder alle einen gemeinsamen Großraum beziehen sollen. Soweit er dabei etwa an kleine Gruppenräume bis ca. 10 Personen denkt, würde er gerade die Räume schaffen,

die auf einer Oberpostdirektion bei der bisherigen konventionellen Bauweise Steine des Anstoßes sind. Wo sie vermeidbar sind, sollten solche Räume in jeder Bauweise vermieden werden. Wo sie unvermeidbar sind, muß in ihnen die technisch erreichbare Erträglichkeit geschaffen werden. Die folgenden Betrachtungen setzen sich mit Großraumbüros auseinander, über die im Bereich der Oberpostdirektion Hamburg diskutiert wurde. Es sind solche für 100 und mehr Kräfte in einem großen Etagenraum, in dem es außer Sonderfunktionsräumen keine abgeteilten Einzelarbeitszimmer mehr gibt.

Professor Henn hat das vielschichtige Problem des Verwaltungsgroßraumbüros systemfrei im Hinblick auf

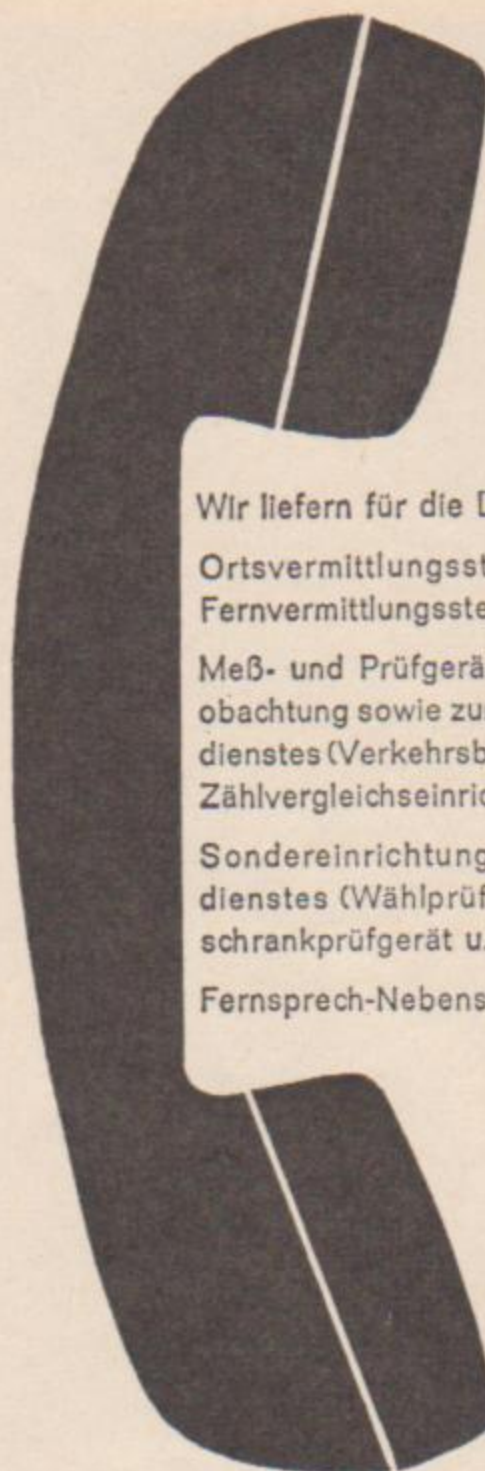
einige allgemeine Einzelgesichtspunkte erörtert. Zunächst soll deswegen auch nur in diesem Rahmen erwidert werden. Der Gesamtbereich der anzustellenden Überlegungen erscheint wesentlich umfassender. In einer Verallgemeinerung dieser Fragen auf eine „Verwaltungsarbeit“ schlechthin liegt m. E. eine Gefahr. Insoweit und darüber hinaus dürfte der Vortrag von Professor Henn sogar mißverstanden werden, wenn seine Fürsprache für den Großraum und seine voll zu unterstützenden Bemühungen um zeitnahe und zweckvolle Arbeitsplätze von anderen zum Autoritätsgutachten gegen Einzelraumbauweise abgestempelt würden. In einer Zeit, die Weltanschauungen ohnehin fragwürdig erscheinen läßt, bin ich mit Professor Henn einer Meinung, daß der Raum kein Objekt der Weltanschauung ist. Der Arbeitsraum, in dem wir uns 40 der besten Tagesstunden pro Woche unseres Lebens aufhalten, ist jedoch in einem seine örtliche Bedeutung weit übersteigenden Maß Bestandteil unseres täglichen Lebens. Deswegen muß er für uns auch ein aus dem gesamten Lebensbereich zu beurteilendes wichtiges Objekt und vor allem kein Experimentierfeld sein.

Im einzelnen:

1. Die Frage nach dem Großraum kann nicht vom Raumtyp zur Arbeit hin gestellt werden. Sie muß sich in der im konkreten Fall zu beurteilenden Arbeit selbst stellen. Der Arbeitsraum ist der bauliche Mantel der Arbeit. Nur in ihr kann sich die Zweckmäßigkeit eines Raumes auf der ganzen Breite begründen. Bei der Beurteilung sollte der Mensch mehr Subjekt als Objekt sein dürfen. Die „moderne Errungenschaft“ darf nicht ihrerseits nach geeigneten Anwendungsbereichen suchen. „Formelle“ und „informelle“ Arbeitsgruppen sind für die Beurteilung der Oberpostdirektionsarbeit kein sachlich passender und schon gar kein alleiniger Beurteilungsschlüssel. Sehr wichtig dagegen erscheint mir Professor Henns Forderung nach einer rechtzeitigen Planungszusammenarbeit des Organisators mit dem Architekten.

2. Die Arbeit einer Oberpostdirektion ruft nicht nach einem Großraumbüro. Sie wird in ihrem maßstabssetzenden Kernbereich (ohne zuarbeitende Sonderstellen) von Kräften verrichtet, die zu zwei Dritteln laubbahnmäßig mit und über dem Abitur qualifiziert sind. Es sind Spezialfachkräfte, die bei der von ihnen verrichteten Arbeit mindestens so viel Arbeitsabgeschlossenheit wie Arbeitskontakt benötigen. Von einem notwendigen optischen Informations- oder sonstigen Kontakt jedes zu jedem kann dabei ohnehin keine Rede sein. An den Arbeitsplätzen finden unterschiedlichste Aufgaben ihren räumlichen Geschehensbereich. Dabei gibt es keine räumlich erfaßbare fließende Zuarbeit. Zentral zugehende Arbeit und die von einer OPD abgehende Arbeit wird im Einzelfall vielseitigst aufspezialisiert. Der Raum erscheint mir dabei weit mehr als ein „Handwerkszeug“ oder ein „Hilfsmittel“. Aus ihrem sozialen Rang heraus ist die verrichtete Arbeit auch nicht optischer Daueraufsicht unterworfen. Die Frage nach dem Großraumbüro wurde deswegen offensichtlich nicht in einer Oberpostdirektion geboren. Sie wurde von außen an diese herangetragen.

3. Beim Gesichtspunkt der flexiblen Nutzungsmöglichkeiten eines Großraumbüros sollte die Raumnutzungsflexibilität von der Arbeitsplatzverschiebungsflexibilität unterschieden werden. Raumnutzungsflexibilität, d. h. völlige Veränderbarkeit der organisatorischen



De Te We

Seit 80 Jahren
Partner der Post

Wir liefern für die Deutsche Bundespost:

Ortsvermittlungsstellen und Vorfeldeinrichtungen,
Fernvermittlungsstellen

Meß- und Prüfgeräte für Verkehrs- und Betriebsbeobachtung sowie zur Gütebeurteilung des Fernsprechdienstes (Verkehrsbeobachtungs-, Probeverbindungs-, Zählvergleichseinrichtung u. a.)

Sondereinrichtungen zur Vereinfachung des Prüfdienstes (Wahlprüfnetz, Störungsmeldegerät, Fernschrankprüfgerät u. a.)

Fernsprech-Nebenstellenanlagen jeder Art und Größe.

DEUTSCHE TELEPHONWERKE UND
KABELINDUSTRIE AG · BERLIN

De Te We

Raumnutzung, ist in dem seit Jahrzehnten festen Organisationsgefüge einer OPD kaum notwendig. Die Arbeitsplatzverschiebungsflexibilität ist dagegen auch für eine OPD sehr wesentlich. Entgegen der vielfach verbreiteten Meinung ist sie allerdings m. E. für den Großraum nicht sehr viel anders zu beurteilen als bei Einzelraumbauweise. Der Austausch von Arbeitsplätzen kann bei beiden Raumarten erfolgen. Zusätzliche Arbeitsplätze können ohne Schmälerung der bisherigen nur eingerichtet werden, wo Raumreserven vorhanden sind. Wenn bei der herkömmlichen Bauweise genügend Einzelräume freibleiben oder unterbelegt werden, kann dort der gleiche Effekt erzielt werden, wie bei freigehaltenen Flächen im Großraum. Dabei weckt leerstehender bzw. „freigehaltener“ Raum im Großraum die gleiche Begehrlichkeit wie in Einzelräumen. Umgruppierungen auf Kosten anderer Arbeitsplätze scheinen mir im Großraum unter den kollektiven Arbeitsbedingungen mindestens so beeinträchtigend wie im Einzelraum. Gerade die noch engere Belegungsmöglichkeit des Großraumes birgt im Falle eines Raumnotstandes für die betroffenen Insassen die Gefahr erheblicher Beeinträchtigungen. Aber auch wenn man diesen extremen Fall außer Betracht läßt, scheint mir die Unruhe einer Umgruppierung und vor allem die ständige Sorge davor im Großraum größer zu sein, als in Einzelräumen. Neugruppierungen lassen oft den ganzen Raum „rücken“.

4. Ich bestreite — zumindest für eine Oberpostdirektion —, daß die Raumansätze für eine Großraumbüro geringer sind, als bei einem Bau in zweckvoller herkömmlicher Bauweise. (Es können nur zweckvolle Großraumbüros mit zweckvoller Einzelraumbauweise

verglichen werden.) Wenn der persönliche Bewegungsraum nicht eingeengt werden soll, müssen die Quadratmeteransätze die gleichen sein. Im Großraumbüro tritt zusätzlicher Raumbedarf auf (Besprechungsräume, Entspannungsecken, Sonderabstand von Tisch zu Tisch aus verschiedensten Gründen). Der Raumbedarf für Flure wird nicht beseitigt, sondern in den Arbeitsraum hineinverlagert. Wegen der für die Klimaanlage notwendigen technischen Einbauten ist der Bruttokubikmeterraum des Gebäudes größer als bei Einzelraumbauweise.

5. M. E. kann Großraumbauweise als Ganzes nicht billiger oder wirtschaftlicher sein als Einzelraumbauweise. Bereits die notwendige Klimaanlage, der notwendige Schallschluck und der sonstige technische Komfort verteuern diese Bauweise so, daß Einsparungen durch fehlende Zwischenwände oder einen günstigeren Gebäudegrundriß das m. E. nicht wieder ausgleichen können. Neben den Investitionskosten dürften durch die technischen Einrichtungen und den Komfort auch die Unterhaltungs- und Betriebskosten höher sein, als bei herkömmlicher Bauweise.

6. Auch der komfortabelste Großraum macht aus einem kollektiven Arbeitsraum keinen individuellen. Er beseitigt individuelle Arbeitsbedingungen weitgehend. Er beschränkt die körperlich-gesundheitlichen Lebensbedingungen für zahlreiche Kräfte sogar in einem Umfang, daß unter den vielschichtigen Arbeitsplätzen einer Oberpostdirektion die Frage nach der Wahrung elementarster Persönlichkeitsrechte aufzuwerfen ist. Einheitliche und nur kollektiv abänderbare Luft, einheitliche Temperatur, künstliches Licht, das Fehlen reizspendender Naturausgleiche, kollektivgedämpfter Dauerlärm, optischer Umweltstreß usw. werfen die Frage sozialadäquater Arbeitsbedingungen und noch nicht zu übersehende Gesundheitsprobleme auf. Da dieser Komplex von Professor Henn nicht angesprochen wurde, soll er hier nur grob erwähnt werden. Allein in ihm sprechen bereits entscheidende Gründe gegen eine GroßraumOPD. Dem ärztlichen Attest gegen die Arbeit in einem Großraum sollte bei einer Behörde, deren Kräfte nicht arbeitsplatzfreizügig sind, ins Auge gesehen werden. Es fehlen dabei Erfahrungen für wirklich vergleichbare Behörden, insbesondere Erfahrungen von hinreichender Dauer. Professor Henn weist sehr richtig darauf hin, daß die Antworten auf diese Fragen bisher unbefriedigend sind. Hinweise auf zustimmendes Personal in neubauten Großräumen reichen keinesfalls aus. Bei unterschiedlichen Arbeitsbedingungen darf zum Kollektivraum keinesfalls ein Kollektivurteil derer treten, die spezielle Arbeitsbedingungen gar nicht beurteilen können. Der einfachste Arbeitsplatz muß die sozialgerechteste Ausstattung finden. Es kann aber aus der Natur der Sache heraus nie Muster, sondern stets nur Maßstab der spezielleren Arbeitsbedingungen sein. Jede Arbeit verlangt ihre eigene Beurteilung zunächst auch erst einmal aus dem Kreis der sie verrichtenden Kräfte. Professor Henn setzt sich für einen zusätzlichen Einzelarbeitsplatz für Führungskräfte ein. Bereits daraus ergibt sich, daß er selbst offensichtlich an Großräume denkt, in denen wenige Führungskräfte arbeiten. Diesen will er sogar noch einen Zweitarbeitsplatz verschaffen. Eine OPD ohne solche — nochmals raumaufwendigeren — Zweitarbeitsplätze entspricht m. E. nicht den Grundgedanken von Professor Henn. Deswegen bejahen sich praktisch Oberpostdirektion und Großraum nicht gegenseitig, sondern schließen sich weitgehend aus.

7. Auch die Berechnung von „schöpferischer“ Arbeit in einem Büroraum mit 3 % läßt darauf schließen, daß Professor Henn andere Räume im Auge hat, als in einer Oberpostdirektion notwendig wären. Auch in diesem Zusammenhang erscheinen mir, einmal abgesehen von der subjektiven und tatsächlichen Schwierigkeit, generelle Bewertungen nicht am Platz. „Schöpferische Arbeit“ ist in unserer Zeit leider zu einem erläuterungsbedürftigen und auch nicht mehr allseitig verwendbaren Begriff geworden. Vielleicht sagt für das moderne Berufsleben die „betriebliche Führungsarbeit“ mehr aus. Von Seiten der Post als eines Unternehmens mit einer halben Million Arbeitskräften erscheint es mir nicht erforderlich, ihre der Zahl nach ohnehin wenigen Führungskräfte auf dem Weg derartiger 3 %-Schlüssel für qualifizierte Arbeit abzuwerten. Das dürfte auch keinesfalls die Absicht von Professor Henn sein. Er tritt vielmehr mit Recht einem allgemeinen Reklamebedürfnis über die vermeintliche Höherwertigkeit vieler selbsteingeschätzter Tätigkeiten entgegen.

8. Soweit Professor Henn auch geistige Arbeit als in Großräumen erbringbar ansieht, ist das von ihm gegebene Beispiel eines öffentlichen Bibliotheksraumes sehr unglücklich. Derartige Räume sind für qualifizierte Geistesarbeiten zwar leider notwendige, aber nur ungern aufgesuchte Zwischenarbeitsstätten. Sie bedürfen in jedem Fall der Ergänzung durch einen individuellen bzw. abgeschlossenen eigenen Arbeitsraum.

9. Die von Professor Henn als Folge von spezialisierter Arbeit ins Auge gefaßten „Gruppen“ bestehen m. E. bei der Arbeit einer OPD nicht. Eine durch einen Präsidenten repräsentierte OPD arbeitet ähnlich wie ein Ministerium im Ganzen als Einheit. Es scheint mir zu ihren bisherigen Organisationsprinzipien zu gehören, daß in ihr zentral eingehende und abgehende Arbeit im Einzelfall speziell bearbeitet wird. Es gibt keine selbständige autonome Gruppenarbeit. Abteilungen und Referate sind keine Gruppen. Sie sind Fachbereiche, die oft ihrerseits noch einmal die unterschiedlichsten Spezialsachgebiete zusammenfassen. Allenfalls auf dieser unteren Ebene arbeiten in einigen Fällen kleine Gruppen. Diese setzen sich nach Professor Henns eigenen Worten auch wieder voneinander ab. Eine ganze Oberpostdirektion kann und braucht sich nicht optisch und informierend zu erfassen. Es könnte in Einzelfällen einmal zweckmäßig sein. Für eine zügig abfließende, zweckvolle Dauerarbeit unterbleibt m. E. sogar besser die optische gegenseitige Erfassung.

10. Zahlreiche Einzelgesichtspunkte, wie Postgeheimnis, Publikumsverkehr, vertrauliche Arbeit, Krankenfürsorge bis hin zu den Reinigungen und Reparaturen in einem Kollektivraum werfen Fragen auf, die bei näherer Betrachtung für den Einzelraum besser zu lösen sind.

11. Die großflächige Raumausstattungsöglichkeit ist in unserer auf optische Eindrücke eingestellten Zeit für viele attraktiv. Der Gewinn für den Einzelnen erschöpft sich jedoch vielfach bereits in dieser optischen Erfassung. Die zu erbringenden vielseitigen individuellen Opfer stehen dazu in keinem Verhältnis und sind vor allem vom Arbeitszweck her gar nicht erforderlich. Eine gute Raumausstattung kann im übrigen in zweckvoller Einzelraumbauweise auch ihren Platz finden. Die Mitwirkung an einem betrieblichen Gemeinschaftswerk offenbart sich in der geistigen,



Erst mit Telefonbau und Normalzeit telefonieren...

... später mit der ganzen Welt durch TN-Fernsprechanlagen für Wohnung und Haus, Büro und Verwaltung. Nutzen Sie unsere über 65jährige Erfahrung, wenn es sich um Ihre Fernsprech- oder Fernmeldeprobleme handelt und sprechen Sie zuerst mit Telefonbau und Normalzeit 6 Frankfurt 1 Mainzer Landstr. 134-146 · Postf. 2369 Telefon 2661 · Fernschreiber 41 11 41

TELEFONBAU UND NORMALZEIT 6 FRANKFURT 1

menschlichen und sozialen Einstellung der Arbeitspartner zueinander, nicht in einer beobachtenden Dauererfassung. Kenntnis von Betriebszusammenhängen ist primär keine Frage der räumlichen Optik, sondern der persönlichen Mühe und des persönlichen Interesses. Persönlichkeiten bedürfen zunächst des persönlichen Entfaltungsbereiches, um für die Gemeinschaft überhaupt eine Substanz zu sein. Deswegen erscheinen mir gute Individualarbeitsplätze sogar als beste Sicherung einer schlagkräftigen Teamarbeit.

12. Der Begriff der „freien Mobiliaranordnung“ kann irreführen. Es handelt sich zunächst erst einmal um eine kollektive Mobiliaranordnung, die die noch mögliche Freiheit nutzt. Für den Einzelnen läßt sich im Einzelzimmer der Arbeitsplatz unter einer etwas erweiterten Betrachtung m. E. wesentlich „freier“ ausgestalten, als im Großraum. Der Einzelplatz im Großraum muß notwendigerweise auf die Tatsache der Unterbringung vieler Arbeitsplätze Rücksicht nehmen. Im Großraum gibt es notwendigerweise genau so „günstige“ und „ungünstige“ Arbeitsplätze wie in Einzelräumen. Bei den Arbeitsplätzen im Großraum ist zu bedenken, daß Schränke aller Art, Kleiderablage, der eigene Besuchertisch, persönliche Hygienegegenstände und andere vielseitige Einzelraumnutzungsmöglichkeiten wegfallen und lediglich über die Mitbenutzungsmöglichkeit von z. T. abgelegenen Kollektiv-einrichtungen wiederkehren.

Diese Liste läßt sich fortführen. Sie soll keine grundsätzliche Stellungnahme gegen Großraumbüros sein. Sie soll auch nicht ignorieren, daß jedes Gemein-

schaftsleben und jede Arbeit kollektive und individuelle Elemente enthält. Die Stellungnahme will verhindern helfen, daß zwischen dem Eigengewicht ausgeformter und sich fortentwickelnder sozialer Lebenswirklichkeit und ihren technischen Gestaltungsmöglichkeiten eine naturwidrige Diskrepanz entsteht oder gar eine Lenkung der Lebenswirklichkeit durch die technischen Gestaltungsmöglichkeiten stattfindet. Sie will insbesondere auch für den Bereich einer Oberpostdirektion klarstellen, daß dort die drei für ein Großraumbüro sprechenden Hauptgesichtspunkte nicht vorhanden sind: fließende Zuarbeit von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, das Erfordernis optischer Dauer-aufsicht und das Erfordernis informatorischer gegenseitiger Erfassung aller. Die meisten Gesichtspunkte Professor Henns müssen im Hinblick auf ein geeignetes Objekt voll anerkannt werden. Sie bedürften aber für den hier zu beurteilenden speziellen Fall einer kritischen Ergänzung.

Stand der Automatisierung im Postscheckdienst

Oberpostdirektor Dr. Weber

Der Aufsatz über den Stand der Automatisierung im Postscheckdienst – Heft 1/1967 – ist aus einem Kurzvortrag entnommen, der bei der Amtsvorsteher-tagung für den OPD-Bezirk Hamburg im April 1966 gehalten wurde. Zur Zeit werden beim Postscheckamt Hamburg rund 10 000 Konten automatisiert geführt.

Reichskanzler v. Bismarck und das Beamtentum

Oberpostrat a. D. Karl Bergmann, Hamburg

Fortsetzung

Bismarcks Urteil über die preußischen Behörden seiner Referendarzeit

Als Bismarck 1836 beim Berliner Stadtgericht als Auskultator seinen Dienst aufnahm, war die große Zeit der preußischen Behörden – vor und nach den Freiheitskriegen – vorbei, in der ein Freiherr v. Stein und Wilhelm v. Humboldt zu den Ministern gehörten. Nun war die Zeit der inneren Reaktion in Deutschland unter der Auswirkung der Karlsbader Beschlüsse (1819). Die preußischen Behörden zeigten trotz ihrer Unbestechlichkeit und wohl allgemeinen Tüchtigkeit in den Augen vieler Zeitgenossen starke Mängel. Gegenüber dem Publikum wurde das Obrigkeits-Untertanen-Verhältnis, innerhalb der Behörden das Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis stark, manchmal wohl auch schikanös betont; die sog. Unterbeamten konnten noch mit Arrest bestraft werden. Außer vom Geist der Zeit hing auch damals das Klima in einer Behörde von dem Geist ab, in dem sie von ihrem Leiter geführt wurde. Nur der Regierungspräsident von Aachen scheint eine Persönlichkeit von überragenden menschlichen Werten und fachlichen Fähigkeiten gewesen zu sein.

Wir müssen uns den jungen Auskultator und Referendar v. Bismarck als einen hochintelligenten, lebensfrohen, tatendurstigen, selbst- und standesbewußten jungen Edelmann vorstellen, der seine Vorgesetzten und den Dienstbetrieb mit dem raschen Sinn der Jugend sehr kritisch sah und beurteilte. Er setzte sich aber auch mit der Frage auseinander, ob er seiner Natur nach zum Beamten geeignet und ob das Wirken als Beamter die einzige Möglichkeit sei, seinem Vaterland zu dienen. Wir geben auszugsweise Urteile Bismarcks aus seiner Jugendzeit und seinen Gedanken und Erinnerungen wieder.

Am 27. September 1838 schrieb der 23jährige Bismarck an eine ältere entfernte Verwandte, Gräfin v. Bismarck-Bohlen, die Bedenken gegen sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst ausgesprochen hatte, u. a.:

„... Daß für mich die Notwendigkeit, ein Landjunker zu werden, nicht vorhanden war, ist auch meine Meinung; auf der anderen Seite werden Sie aber, obgleich ich Ihnen beträchtliche bürokratische Ansichten zutraue, nicht im Ernste behaupten, daß die einem Jeden gegen sein Vaterland obliegenden Pflichten, von mir grade fordern sollten, daß ich Administrativ-Beamter werde; vielmehr glaube ich diesen Pflichten vollständig zu genügen, wenn ich innerhalb des beliebig von mir gewählten Berufs alles das tue, was man von einem sein Vaterland liebenden Staatsbürger erwarten darf. Ich glaubte deshalb mit voller Unabhängigkeit hinsichtlich meines Berufes die Wahl treffen zu können, die mir bei meinen Neigungen und Verhältnissen die vernünftigste zu sein schien. Daß mir von Hause aus die Natur der Geschäfte und der dienstlichen Stellung unserer Staatsdiener nicht zu-

sagt, daß ich es nicht unbedingt für ein Glück halte, Beamter und selbst Minister zu sein, daß es mir ebenso respectabel und unter Umständen nützlicher zu sein scheint, Korn zu bauen, als administrative Verfügungen zu schreiben, daß mein Ehrgeiz mehr danach strebt, nicht zu gehorchen, als zu befehlen; das sind Facta, für die ich außer meinem Geschmack keine Ursache anzuführen weiß, indessen, dem ist so. Von allen Gründen, welche mich hätten veranlassen können, diese Abneigung zu bekämpfen, wäre wohl der würdigste gewesen der Wunsch, umfassender auf das Wohl meiner Mitbürger zu wirken, als es einem Privatmanne möglich ist. . . . Die Wirksamkeit des einzelnen Beamten bei uns ist wenig selbständig, auch die des höchsten, und bei den andern beschränkt sie sich schon wesentlich darauf, die administrative Maschinerie in dem einmal vorgezeichneten Geleise fortzuschieben. Der preußische Beamte gleicht dem einzelnen im Orchester, mag er die erste Violine oder den Triangel spielen, ohne Übersicht und Einfluß auf das Ganze, muß er sein Bruchstück abspielen, wie es ihm gesetzt ist, er mag es für gut oder schlecht halten. Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine. . . . Kurz ich bin nicht frei von Ehrgeiz, halte ihn aber für eine ebenso schlechte Leidenschaft als jede andere, und noch etwas törichter, weil er, wenn ich mich ihm hingebende, das Opfer meiner ganzen Kraft und Unabhängigkeit fordert, ohne mir, auch bei dem glücklichsten Erfolge, eine dauernde Befriedigung und Sättigung zu gewähren . . . abgesehen davon, daß ich sogar den Besitz eines großen Vermögens für voraus erforderlich halte, um am Staatsdienst Freude zu finden, damit ich sowohl in jeder Lage mit dem Glanz, den ich für anständig halte, öffentlich auftreten kann, als auch mit Leichtigkeit imstande bin, alle Vorteile, welche mir ein Amt gewährt, aufzugeben, sobald meine dienstlichen Pflichten mit meiner Überzeugung oder meinem Geschmack in Widerspruch treten.“

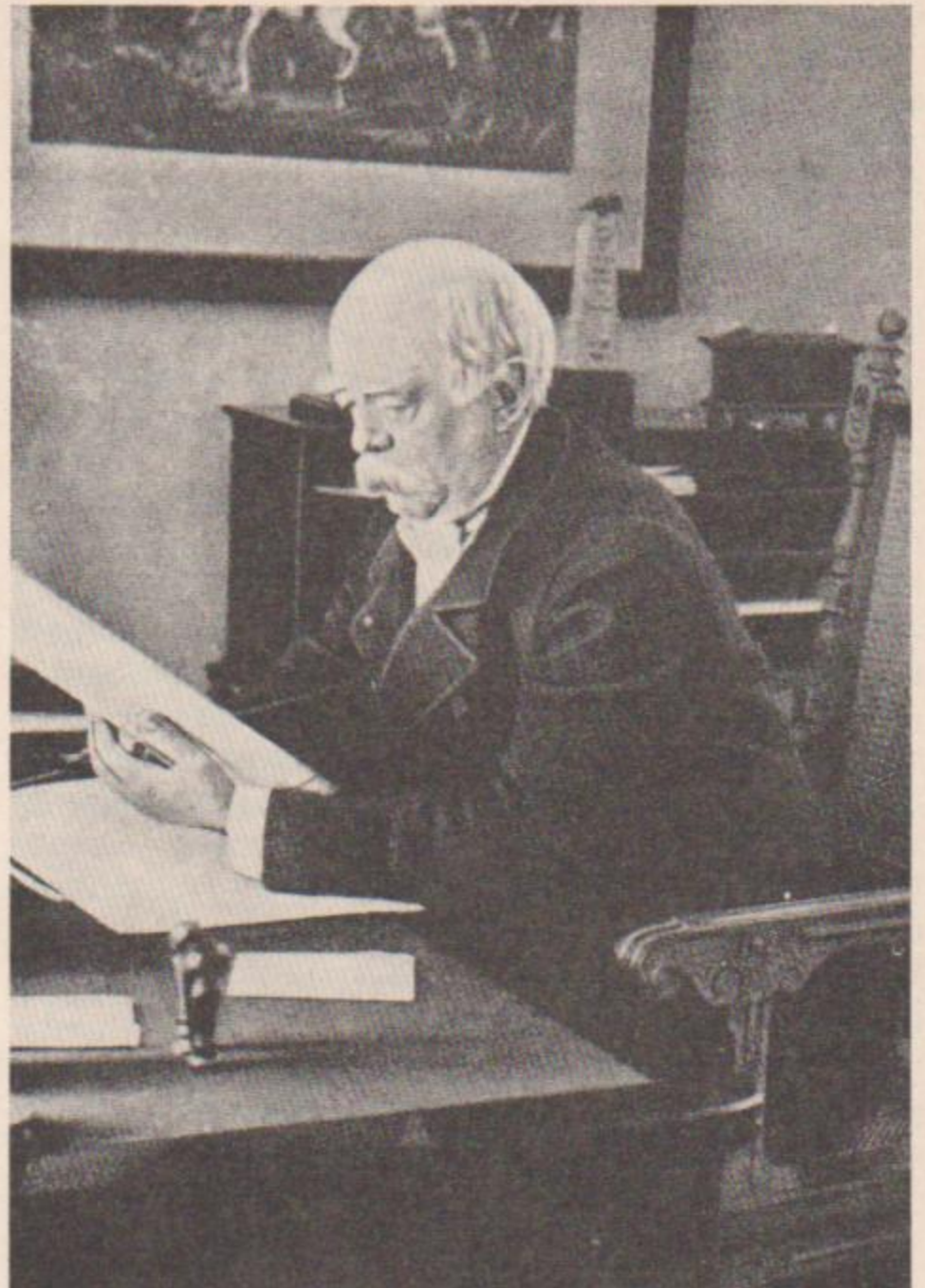
Fürst v. Bismarck beurteilte in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, die er nach seiner Entlassung verfaßte, die Behörden seiner Referendarzeit u. a. wie folgt:

„... Die Personen und Einrichtungen unserer Justiz, in der ich zunächst beschäftigt war, gaben meiner jugendlichen Auffassung mehr Stoff zur Kritik als zur Anerkennung. Die praktische Ausbildung des Auskultators begann damit, daß man auf dem Criminalgericht das Protokoll zu führen hatte, wozu ich von dem Rathe, dem ich zugewiesen war, Herrn von Brauchitsch, über die Gebühr herangezogen wurde, weil ich damals über den Durchschnitt schnell und lesbar schrieb. . . . Nachdem ich vier Monate protokolliert hatte, wurde ich zu dem Stadtgerichte, vor das die Civilsachen gehörten, versetzt und aus der mechanischen Beschäftigung des Schreibens unter Dictat

plötzlich zu einer selbständigen erhoben, der gegenüber meine Unerfahrenheit und mein Gefühl mir die Stellung erschwerten. Das erste Stadium, in welchem der juristische Neuling damals zu einer selbständigen Tätigkeit berufen wurde, waren nämlich die Ehescheidungen. Offenbar als das Unwichtigste betrachtet, waren sie dem unfähigsten Rathe, Namens Prätorius, übertragen, und unter ihm der Bearbeitung der ganz grünen Auscultatoren überlassen worden, die damit in corpore vili ihre ersten Experimente in der Richterrolle zu machen hatten, allerdings unter nomineller Verantwortlichkeit des Herrn Prätorius, der jedoch ihren Verhandlungen nicht beiwohnte. Zur Charakterisirung dieses Herrn wurde uns jungen Leuten erzählt, daß er in den Sitzungen, wenn behufs der Abstimmung aus einem leichten Schlummer geweckt, zu sagen pflegte: „Ich stimme wie der College Tempelhof“, und gelegentlich darauf aufmerksam gemacht werden mußte, daß Herr Tempelhof nicht anwesend sei. . . . Mein Eindruck von Institutionen und Personen wurde nicht wesentlich modificirt, nachdem ich zur Verwaltung übergegangen war. Um den Umweg zur Diplomatie abzukürzen, wandte ich mich einer rheinischen Regierung, der Aachener, zu, deren Cursus sich in zwei Jahren abmachen ließ, während bei den altländischen wenigstens drei erforderlich waren. . . . Die Persönlichkeiten entsprachen nicht alle dem unberechtigten Ideale, das mir in dem Alter von 21 Jahren vorschwebte, und noch weniger that dies der Inhalt der laufenden Geschäfte. Ich erinnere mich, daß ich bei vielen Meinungsverschiedenheiten zwischen Beamten und Regirten oder innerhalb jeder dieser beiden Kategorien, Meinungsverschiedenheiten, deren polemische Vertretung jahrelang die Akten anschwellen machte, gewöhnlich unter dem Eindrucke stand, „ja, so kann man es auch machen,“ und daß Fragen, deren Entscheidung in dem einen oder dem andern Sinne das verbrauchte Papier nicht werth war, eine Geschäftslast erzeugten, die ein einzelner Präfect mit dem vierten Theile der aufgewandten Arbeitskraft hätte erledigen können. Nichtsdestoweniger war, abgesehen von den subalternen Beamten, das tägliche Arbeitspensum ein geringes und besonders für die Abteilungs-Dirigenten eine reine Sinecure. . . . Im Einzelnen wurde meine Meinung günstiger durch meine demnächstige Erfahrung bei der Regierung in Potsdam, zu der ich mich im Jahre 1837 versetzen ließ, weil dort abweichend von den anderen Provinzen die indirecten Steuern zum Ressort der Regierung gehörten und grade diese wichtig waren, wenn ich die Zollpolitik zur Basis meiner Zukunft nehmen wollte.

Die Mitglieder des Collegiums machten mir einen würdigen Eindruck als die Aachner, aber doch in ihrer Gesammtheit den Eindruck von Zopf und Perrücke, in welche Kategorie meine jugendliche Ueberhebung auch den väterlich-würdigen Oberpräsidenten von Bassewitz stellte, während der Aachner Regierungspräsident Graf Arnim zwar die generelle Staatsperrücke, aber doch keinen geistigen Zopf trug. Als ich dann aus dem Staatsdienste in das Landleben übergang, brachte ich in die Berührungen, welche ich als Gutbesitzer mit den Behörden hatte, eine nach meinem Urtheil zu geringe Meinung von dem Werthe unsrer Bürokratie, eine vielleicht zu große Neigung zur Kritik mit.“

Beide Urtheile, das des jungen Referendars und das des erfolgreichen Staatsmannes, der schon im biblischen Alter stand, waren – vorsichtig gesagt – sehr zurückhaltend.



Reichskanzler v. Bismarck am Schreibtisch

Bismarcks Grundsätze für die Führung der Staatsverwaltung

Fürst v. Bismarck hat sich in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ auch über sein Verhältnis zu seinen Ministerkollegen und über die Grundsätze ausgesprochen, nach denen er die Staatsverwaltung geführt hat. Wir geben die allerwichtigsten Ausführungen im Wortlaut wieder:

„. . . . Bei meinen vielen Abwesenheiten verlor ich mit manchen meiner Collegen die Fühlung; die Tatsache, daß ich jedem Einzelnen von ihnen das Aufsteigen von zum Theil geringen Stellungen bis zum Minister verschafft und sie mit Einmischungen in ihre Ressorts nicht belästigt hatte, ließ mich ihr persönliches Wohlwollen für mich überschätzen. In die laufenden Geschäfte ihrer Ressorts habe ich sehr selten hineingeredet, und nur, wenn ich sah, daß ein großes öffentliches Interesse Gefahr lief, unter Sonderinteressen zu leiden. . . .

Verfassungsmäßig hätte ich alle Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamte anstellen und alle Posten der einzelnen Reichs-Ressorts besetzen können. Ich glaube aber kaum, daß ich je von Herrn von Stephan oder Andern Posten für einen von mir empfohlenen Candidaten verlangt habe, auch nicht für einen Briefträger. Nur der Neigung, neue eingreifende Gesetze oder Organisationen zu machen, der Neigung, vom grünen Tische aus zu reglementiren, bin ich bei meinen Collegen nicht selten entgegengetreten, weil ich wußte, daß, wenn nicht sie selbst, so doch ihre Räte die Gesetzmacherei übertrieben, und daß so manche vortragenden Räte in den innern Ressorts seit dem Examen her Projecte in ihren Fächern haben, durch die sie die Unterthanen des Reiches zu beglücken suchen, sobald sie einen Chef finden, der darauf eingeht.

Ungeachtet meiner Zurückhaltung ist nach meinem Ausscheiden bei der Mehrheit meiner Geschäftsfreunde ein Gefühl wie der Erleichterung von einem Drucke wahrgenommen worden, das in vielen Fällen eben aus dem Widerstande zu erklären ist, den ich dem überwuchernden Triebe zu unnöthigen Eingriffen in den Bestand unsrer Gesetzgebung geleistet hatte. . . .

Weniger durchsichtig waren für mich die Beziehungen zu dem Reichspostamte. . . . Das Bedürfniß hoher Anerkennung ist eines der Passiva, die auf den meisten ungewöhnlichen Begabungen lasten. Ich nahm an, daß die Schwächen, welche Stephan aus seinen Anfängen in seine höhern Stellungen hinübergebracht hatte, je älter und je vornehmer er werde, desto mehr von ihm abfallen würden. Ich kann nur wünschen, daß er in seinem Amte alt werde und gesund bleibe, und würde seinen Verlust für schwer ersetzlich halten, vermuthete aber, daß auch er bei meinem Abgange zu denen gehörte, welche eine Erleichterung zu empfinden glaubten. . . . Stephan ist mehr Ressortpatriot und als solcher allerdings nicht nur seinem Ressort und dessen Beamten, sondern auch dem Reiche in einem Maße nützlich gewesen, das für jeden Nachfolger schwer erreichbar sein wird.“

Bismarck wendete Grundsätze an, die heute noch gültig sind:

1. Er war gegen jede Protektion von Beamten; nur die Tüchtigkeit war für den Aufstieg entscheidend („die Geburt hat mir niemals als Ersatz für Mangel an Tüchtigkeit gegolten“). Heinrich v. Stephan war der Sohn eines Schneidermeisters.
2. Er ließ seinen Ressortchefs im Rahmen der allgemeinen Staatsinteressen weitgehend freie Hand.
3. Er war gegen die Vielregierei, wodurch der Bürger unnötig bevormundet und in seiner Freiheit eingeschränkt, die Staatsverwaltung aufgebläht, schwerfällig und teuer wird.

Bei Bismarcks äußerster dienstlicher Inanspruchnahme und hoher Begabung wird er nicht lange verhandelt, sondern schnell geprüft und dann unwiderlich entschieden haben. Lothar Bucher hat berichtet, daß es zweckmäßig war, Bismarck die erstrebten Entscheidungen durch geschickten Vortrag zu „induzieren“.

Unter Bismarck wurde Preußen von 279 030 qkm um 73 230 qkm, also um 26,2 % seines Bestandes erweitert. Bei der Eingliederung dieser großen Gebiete in Preußen ging er mit weicher Hand vor, wie aus zeitgenössischen Erinnerungen zu entnehmen ist; z. B. schrieb Marie-Elisabeth Lüders, MdB, in ihren Erinnerungen:

. . . Vier der älteren Geschwister – zwei Mädchen und zwei Knaben – waren im sogenannten Prinzenpalais in Schleswig geboren, wo der Vater bis zu seiner Berufung durch Bismarck in das Preußische Kultusministerium – schon in der dritten Generation Mitglied in der Regierung war. . . . Mein Vater kam als einer der sogenannten „Versöhnungsapostel“, zusammen mit verschiedenen anderen Mitgliedern alter Familien aus Schleswig-Holstein und Hannover, nach der Annexion nach Berlin. Unter ihnen waren z. B. der später so berühmte Bürgerliche-Gesetzbuch Planck und Eduard von Marcard, dem die Einleitung der Moorkultivierung im Hannoverschen durch die Entwässerung des ersten, nach ihm genannten Marcard-Moors zu verdanken ist.“ . . .

Bismarck bestand auf seiner verfassungsmäßigen Stellung als Ministerpräsident und Reichskanzler; er trat für seine Überzeugung auch gegenüber seinen Souveränen ein und wahrte ihnen gegenüber seine Rechte als Persönlichkeit (tiefste Ursache des Zerwürfnisses mit Wilhelm II.). Auch hierin kann er uns Vorbild sein.

Patriae inserviando consumor!

„Sich im Dienste des Vaterlandes verzehren“, war Bismarcks Leitsatz für sein dienstliches Leben. Geschichtliche Erfolge hatte er für sein Vaterland in seinem fast 40jährigen Wirken erzielt, seitdem er 1851 zum Gesandten Preußens beim Bundestag in Frank-

*Patriae inserviando consumor,
dem. v. Bismarck 1981. Wilhelm*

Wahlspruch von Otto v. Bismarck

furt (Main) berufen worden war. Diese Erfolge waren nur über viele Krisen und Anfeindungen zu erreichen; sie hatten alle seine geistigen, seelischen und physischen Kräfte gefordert. In dieser Pflichtauffassung und Pflichterfüllung lebten ihn viele Beamte seiner und der ihm folgenden Generationen nach bis auf den heutigen Tag. Als im Jahre 1927 das Fernsprechamt Hamburg sein 40jähriges Bestehen beging, gaben die Beamten des höheren Dienstes des Fernmeldewesens unter der Leitung des noch heute in Hamburg unvergessenen Abteilungsdirektors Wilhelm Pinkert (gest. 1930) der Erinnerungsschrift als Bekenntnis zum Sinn ihrer Arbeit das Leitwort: *Patriae inserviando consumor*.

Nur der Mensch kann sein Leben in größeren Zusammenhängen sehen. Der Mensch, der sich als Knecht, Diener, Kind oder Mitarbeiter Gottes auffaßt, legt sich selbst Pflichten auf, macht aber auch starke sittliche Kräfte in sich frei, die der Allgemeinheit, schließlich aber auch ihm selbst dienen. Der Beamte, der seinen Beruf nicht nur als Erwerbsquelle oder fachliches Wirken, sondern als Dienst an seinem Vaterland auffaßt, gewinnt eine höhere, weitere und bejahende Berufsschau. Die unvermeidlichen Schwierigkeiten und Enttäuschungen des Berufslebens kann er ertragen, ohne zu resignieren. In ihm werden Kräfte geweckt, die seine Arbeit schöpferisch befruchten und ihm Berufsfreude schenken.

Seit Bismarcks Entlassung ging fast alles, was er und seine Generation für Deutschland erarbeitet und erungen hatten, wieder verloren. Deutschland, heute geteilt und ohne den lebendigen Begriff Vaterland im Bewußtsein seiner Bevölkerung, bedarf auch in Zukunft der Anerkennung und Nachfolge des: *Patriae inserviando consumor*. Nicht im nationalistischen Sinne, sondern zur Erhaltung der Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik, zur Vor- und Wegbereitung für eine Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit, falls die Geschichte uns die Gunst dieser Stunde noch einmal schenken sollte.

Was ist Netzplantechnik?

Oberpostbaurat Dipl.-Ing. Horst Plath

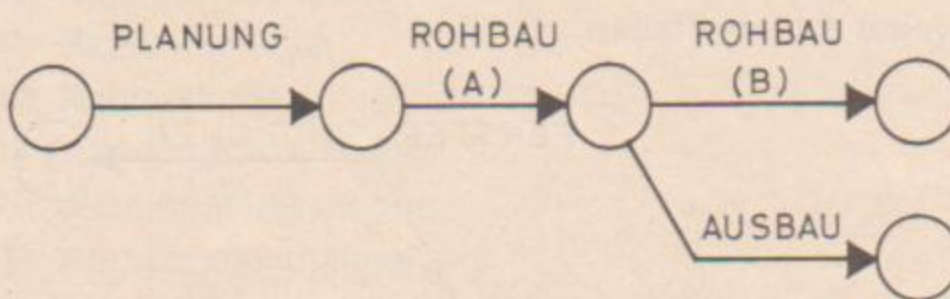
Wer in der 16. Auflage vom Großen Brockhaus (erschienen 1952–1963) etwas über „Netzplantechnik“, „Netzwerkplanung“ oder dergleichen finden möchte, wird leider sehr enttäuscht werden. Unter „Netzwerk“ findet er höchstens, daß es sich hierbei um eine Verkleidung des römischen Großmauerwerkes handelt. Das „Netzwerk-Rechengerät“ dient zur modellartigen Darstellung rechnerischer Zusammenhänge in Form eines elektrischen Netzwerkes, und die „Netzplanung“ bezieht sich auf die Planung eines elektrischen oder fernmeldetechnischen Leitungsnetzes. Das alles hat mit der sogenannten **Netzplantechnik** – und dies ist allein die exakte Bezeichnung – nichts zu tun. Was bedeutet diese Technik, woher kommt sie, und wozu nützt sie? Wir wollen versuchen, diese Fragen zu klären.

Jede wirtschaftliche und industrielle Tätigkeit setzt, um erfolgreich zu verlaufen, eine Vorplanung voraus. Planlos zu handeln kann sich eigentlich kein Betrieb und keine Verwaltung in der heutigen Zeit leisten. Die Planung des zeitlichen Arbeitsablaufes erfolgt zumeist durch Balkendiagramme. Diese Darstellung gibt uns die Auskunft, wann die einzelnen Arbeiten eines Projektes auszuführen sind.

JAHR	1967												1968		
	MONAT	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	1.	2.	3.	
PLANUNG															
ROHBAU															
AUSBAU															

Es wird aber so gut wie nichts gesagt über eventuelle gegenseitige Abhängigkeiten und über gewisse Zeitreserven.

Befreien wir nun dieses Balkendiagramm von jedem Zeit- oder anderem Wertmaßstab, so ergibt sich hierfür eine neue graphische Darstellungsart: eben der Netzplan.



Diese sogenannte **Netzplantechnik** betrachtet also in erster Linie ausschließlich den logischen Zusammenhang der auszuführenden Tätigkeiten. Diesen Teil nennt man die Strukturanalyse. In zweiter Linie wird dann eine Zeitplanung aufgrund von Zeitschätzungen durchgeführt, die sogenannte Zeitanalyse. Wir werden diese Begriffe später noch genauer klären.

Entwickelt wurde die Netzplantechnik in den USA in den Jahren 1956/57 durch die Firma du Pont de Nemours & Co bei der Ausarbeitung eines Planungssystemes für die Revision in der chemischen Industrie und im Jahre 1958 durch die amerikanische Marine bei der Planung des Entwicklungsprogrammes für die Polaris-Rakete.

Im wesentlichen gibt es zwei Systeme der Netzplantechnik:

CPM: Critical Path Method (Methode des kritischen Weges),

PERT: Project Evaluation and Review Technique (Technik zur Berechnung und Überprüfung eines Projektes).

Was der eben erwähnte „kritische Weg“ bedeutet, und worin die wesentlichen Unterschiede beider Systeme bestehen, werden wir später noch genau erfahren.

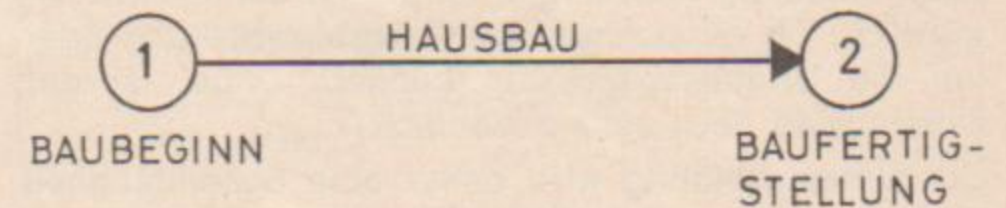
Jede Technik, jedes Verfahren hat seine bestimmten Grundregeln, so auch die Netzplantechnik. Wir wollen diese Grundregeln nun näher betrachten.

Das gesamte Planungsprojekt wird in einzelne Teilarbeiten zerlegt. Diese Teilarbeiten werden **Tätigkeiten** genannt. Die Tätigkeit wird im Netzplan durch einen Pfeil dargestellt. Jede Tätigkeit hat ihren Anfangs- und Endzeitpunkt, genannt **Ereignis**, dargestellt durch einen Kreis. Jedes Netzplanelement besteht also aus einer Tätigkeit mit dem Anfangs- und Endereignis. Jedes Ereignis wird durch eine ganzzahlige, positive Nummer bezeichnet.



Die Länge des Pfeiles hat dabei nichts mit der zeitlichen Dauer der Tätigkeit zu tun. Der Pfeil gibt lediglich die Richtung des Zeitablaufes an. Es ist selbstverständlich, daß zuerst der Anfang und dann das Ende angegeben sind. Es gibt nun insgesamt 9 Grundregeln, die wir uns näher ansehen wollen.

Regel 1: „Jede Tätigkeit beginnt mit einem Ereignis und endet mit einem nachfolgenden Ereignis.“



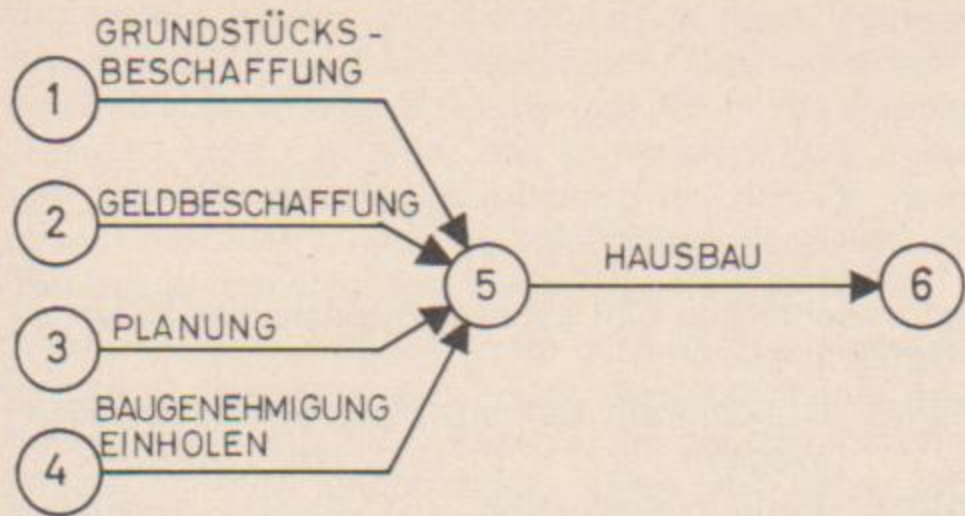
Diese Regel ist eigentlich selbstverständlich. Wer sich ein Haus baut, wird irgendwann mit seinem Bau anfangen und ihn irgendwann fertigstellen.

Regel 2: „Muß eine Tätigkeit beendet sein, bevor die nächste beginnen kann, so sind sie aneinanderzureihen. Das Endereignis der ersten Tätigkeit ist dann identisch mit dem Anfangsereignis der zweiten Tätigkeit.“



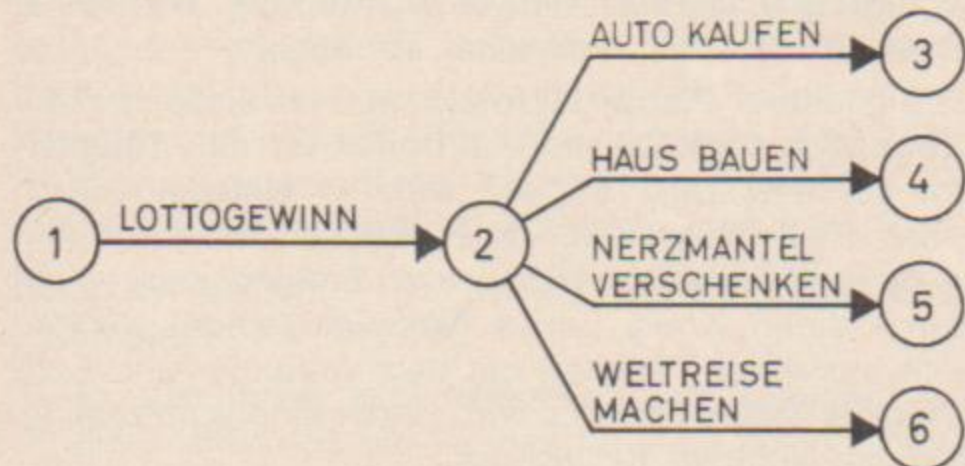
Wer also ohne Überlegung handelt, widerspricht damit sicherlich nicht nur den Regeln der Netzplantechnik.

Regel 3: „Müssen mehrere Tätigkeiten beendet sein, bevor eine weitere beginnen kann, so enden diese Tätigkeiten sämtlich im Anfangsereignis der nachfolgenden Tätigkeit“.



Ohne Grundstück, ohne Geld, ohne Planung und ohne Baugenehmigung kann ich eben kein Haus bauen.

Regel 4: „Können mehrere Tätigkeiten beginnen, nachdem eine vorausgehende Tätigkeit beendet ist, so beginnen diese sämtlich im Endereignis der vorhergehenden Tätigkeit“.



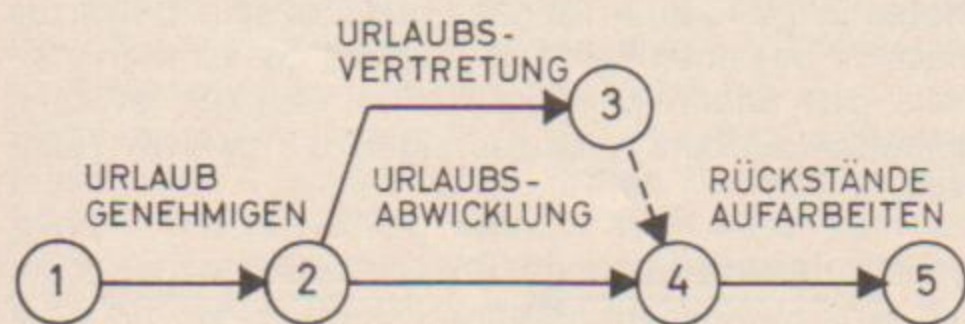
Hier ist es umgekehrt. Ohne Geld lassen sich keine Anschaffungen machen.

Regel 5: „Haben zwei Tätigkeiten gemeinsame Anfangs- und Endereignisse, so ist die eindeutige Kennzeichnung durch Einfügen einer Scheintätigkeit zu gewährleisten“.



Diese Darstellung ist falsch, da die Tätigkeit 2-3 nicht eindeutig festzulegen ist. Es ist dabei nicht ersichtlich, ob es sich um die Urlaubsvertretung oder um die Urlaubsabwicklung handelt. Dabei ist der Unterschied doch sehr wesentlich.

Zur Unterscheidung wird daher eine **Scheintätigkeit** durch einen gestrichelten Pfeil eingeführt. Diese Scheintätigkeit stellt keine reale Teilarbeit dar. Sie wird zwar gleich gehandhabt wie eine andere Tätigkeit; sie besitzt jedoch die Zeitdauer Null.

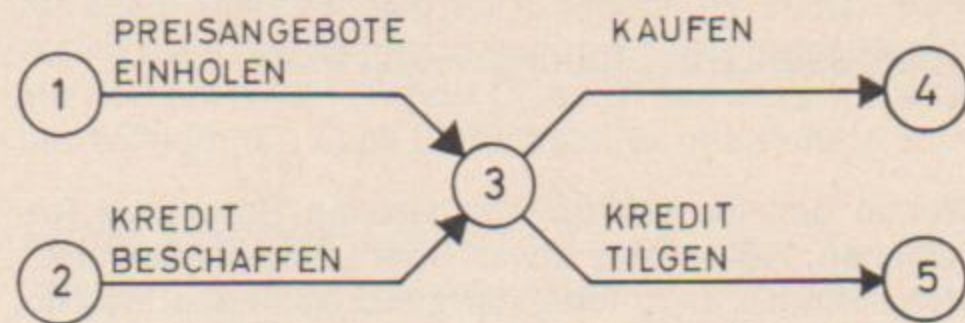


Auf jeden Fall können jetzt die Tätigkeiten klar bezeichnet werden.

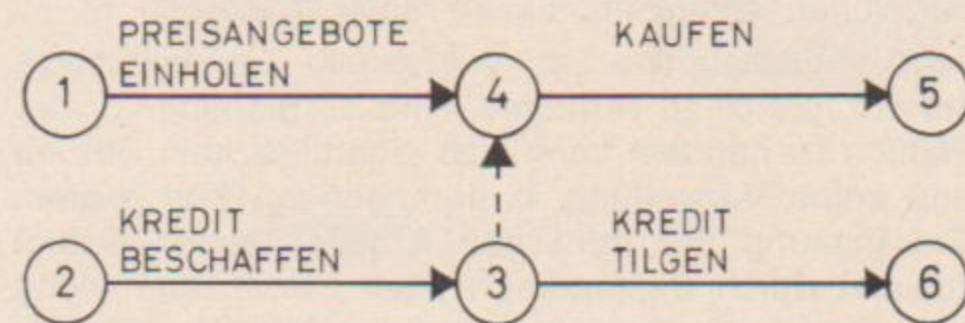
Tätigkeit 2-3 : Urlaubsvertretung
Tätigkeit 2-4 : Urlaubsabwicklung

Regel 6: „Enden und beginnen in einem Ereignis mehrere Tätigkeiten, die nicht alle voneinander ab-

hängig sind, so ist der richtige Ablauf mittels Scheintätigkeiten darzustellen“.

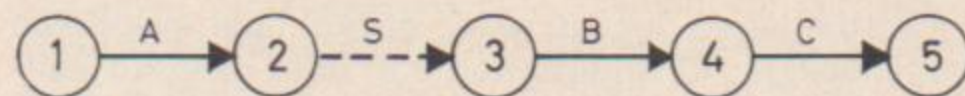
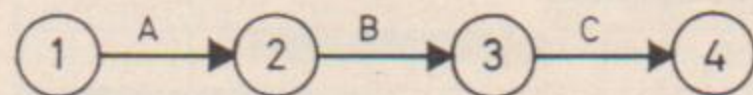


Diese Darstellung ist falsch. Die Tätigkeit 3-4 (Kaufen) ist wohl abhängig von den vorhergehenden Tätigkeiten 1-3 (Preisangebote einholen) und 2-3 (Kredit beschaffen), ebenso ist die Tätigkeit 3-5 (Kredit tilgen) abhängig von der Tätigkeit 2-3 (Kredit beschaffen), sie ist aber völlig unabhängig von 1-3 (Preisangebote einholen). Den Kredit muß ich tilgen, nachdem ich ihn mir beschafft habe. Es ist aber völlig belanglos, ob ich dazu vorher irgendwelche Preisangebote eingeholt habe oder nicht. Die richtige Darstellung sieht daher folgendermaßen aus:



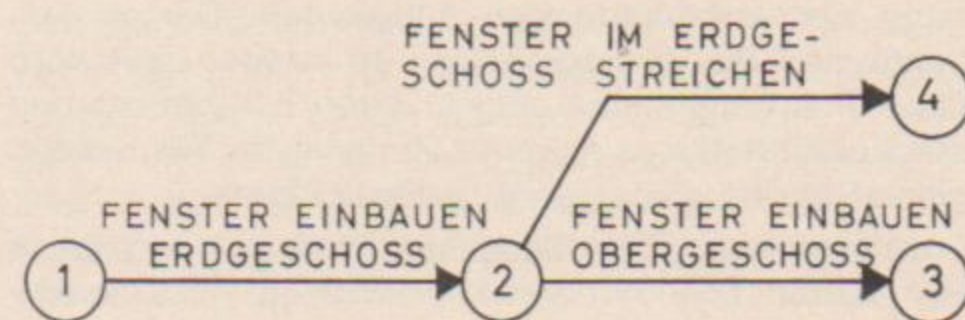
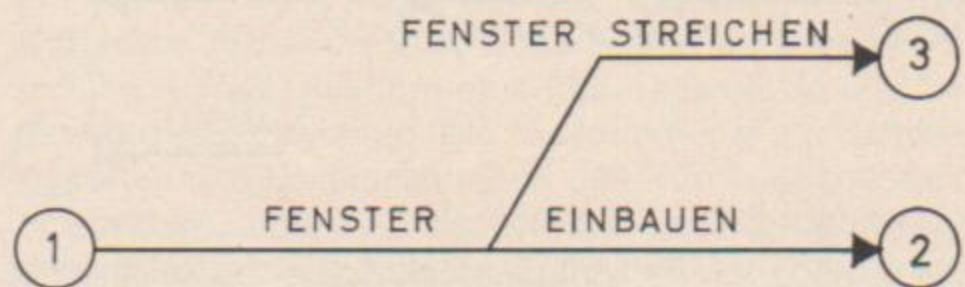
Die Scheintätigkeit 3-4 zeigt die Abhängigkeit der Tätigkeit 4-5 von der Tätigkeit 2-3.

Regel 7: „Innerhalb einer Reihenfolge von Tätigkeiten können beliebig Scheintätigkeiten eingefügt werden“.



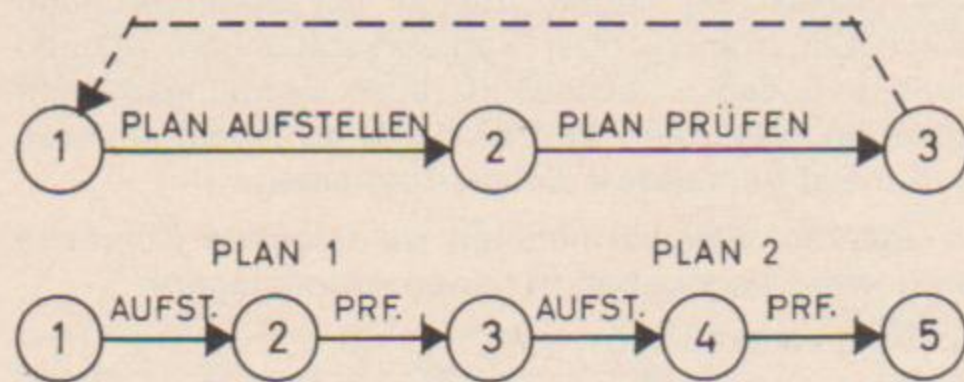
Da eine Scheintätigkeit keine Zeitdauer besitzt, fallen also Anfangs- und Endereignis der Scheintätigkeit zeitlich zusammen.

Regel 8: „Kann eine Tätigkeit beginnen, bevor die vorhergehende vollständig beendet ist, so ist diese weiter zu unterteilen“.



Die Tätigkeit 1-2 wird also zerlegt in zwei Tätigkeiten 1-2 und 2-3. Parallel zur Tätigkeit 2-3 (Fenstereinbau im Obergeschoß) kann die Tätigkeit 2-4 (Fenster im Erdgeschoß streichen) ausgeführt werden.

Regel 9: „Eine Tätigkeit kann zeitlich nur einmal ablaufen, d. h., im Netzplan dürfen keine Schleifen auftreten“.



Wenn sich also eine Tätigkeit mehrfach wiederholt, so ist sie auch wiederholt im Netzplan aufzuführen.

Damit sind die Grundregeln der Netzplantechnik kurz erläutert. Wir können jetzt die Begriffe „Strukturanalyse“ und „Zeitanalyse“ klären. Die **Strukturanalyse** bedeutet die Untersuchung sämtlicher Tätigkeiten, geordnet nach ihrer zeitlichen Reihenfolge und nach ihren gegenseitigen Beziehungen. Es wird zunächst eine Tätigkeitsliste erstellt. Sodann wird der Netzplan entworfen, und schließlich wird dieser Netzplan noch einmal auf die Einhaltung und Richtigkeit der Grundregeln überprüft. Die Zeit spielt dabei zunächst noch keine Rolle.

Wir wollen nun zum besseren Verständnis einen kleinen einfachen Netzplan aufstellen, den wir dann auch bei den weiteren Betrachtungen immer wieder zugrunde legen werden.

Die Aufgabenstellung des Projektes sei folgende:

„Ein Vortragssaal soll neu gestrichen werden. Es sollen dazu neue Vorhänge und neue Sitzmöbel beschafft werden“.

Zunächst müssen wir eine Tätigkeitsliste aufstellen, in der wir sämtliche erforderlichen Tätigkeiten erfassen. Für das Aufstellen dieser Liste gibt es drei Möglichkeiten:

1. Zufälliges Sammeln von Tätigkeiten.
2. Systematisches Sammeln von Tätigkeiten.
3. Erkennen von Tätigkeiten während des Entwurfes des Netzplanes.

Zweifellos ist dabei die Möglichkeit 2 die genaueste. In unserem Fall ist es ziemlich einfach, die Tätigkeitsliste aufzustellen. Sie umfaßt folgende Tätigkeiten:

- A: Raum ausräumen
- B: Raum streichen
- C: Raum säubern
- D: Vorhänge beschaffen
- E: Sitzmöbel beschaffen
- F: Vorhänge aufhängen
- G: Sitzmöbel aufstellen.

Danach können wir daran gehen, den Netzplan zu entwerfen, wobei wir zu jeder Tätigkeit folgende vier Fragen beantworten müssen:

1. Welche Tätigkeiten müssen unmittelbar vorher beendet sein?
2. Welche Tätigkeiten können erst unmittelbar nachher beginnen?
3. Welche Tätigkeiten können unabhängig parallel dazu erfolgen?
4. Kann diese Tätigkeit durch andere unterteilt werden?

Diese Fragen müssen sorgfältig beantwortet werden; denn Fehler in der Ablaufdarstellung ergeben zwangs-



im
Dienste der

FERNMELDE-TECHNIK

Verwaltung

21 Hamburg 90, Postfach 507
Fernsprecher: 77 13 11
Telegramme: EL-ME-WE-HAMBURG
Telex: 02 14963 elmew d

Techn. Büro Frankfurt/Main
6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3703
Fernsprecher: 88 35 00

Techn. Büro Köln
5 Köln-Riehl, Postfach 164
Fernsprecher: 76 96 86

Techn. Büro Kiel
23 Kiel, Koldingstraße 12
Fernsprecher: 4 20 10

Meßgeräte-Abteilung

2 Hamburg 39, Andreasstraße 19
Fernsprecher: 27 71 00

Fabrikationsgebiete:

Meß- und Regelgeräte, HF- und NF-Geräte, Programmsteuerungen, Automaten

Fernmeldegeräte-Abteilung

21 Hamburg 90, Zitadellenstraße 10
Fernsprecher: 77 13 66

Fertigungsprogramm:

Geräte und Apparate des Fernmeldewesens

Montage-Abteilung

2 Hamburg 22, Humboldtstraße 7
Fernsprecher: 23 12 51

Tätigkeitsgebiete:

Amts- und Nebenstellen-,
Sprechstellenbau,
Kabelzieh- und Kabellötarbeiten
Ausgleichsarbeiten an OVK,
BZK und TFK
Stark- und Schwachstrom,
Elektro-, Uhren-, Lichttruf-, Signal-,
Rundfunk- und elektroakustische
Anlagen

EL-ME-WE

ELEKTRO-MECHANISCHES WERK

HAMBURG

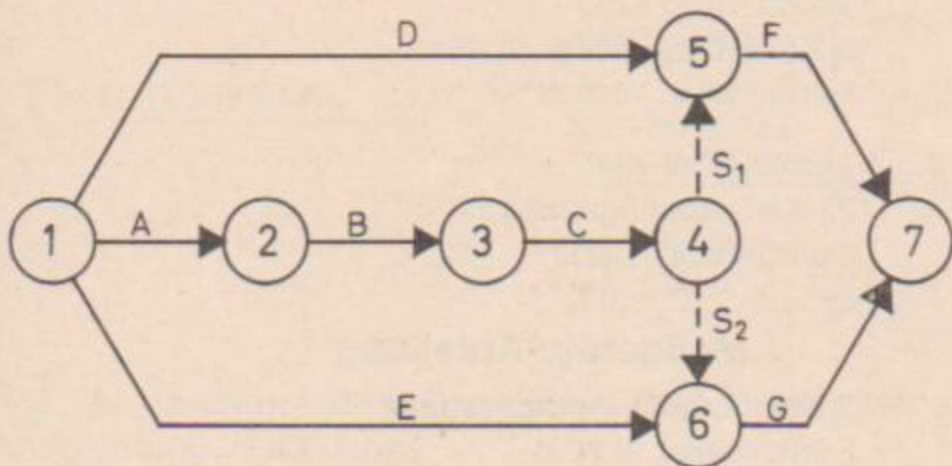
läufig falsche Termine. Gerade der Zwang zum genauen vorherigen Durchdenken der Aufgabe ist einer der wesentlichen Vorzüge der Netzplantechnik.

Bei unserem Beispiel können wir ein einfaches Beziehungsschema aufstellen, in dem wir sämtliche Tätigkeiten durchgehen und festhalten, welche Tätigkeiten vorher beendet sein müssen.

Betrachtete Tätigkeiten:	A	B	C	D	E	F	G
Vorhergehende Tätigkeiten:	-	A	B	-	-	C	C
						D	E

Hier ist es verhältnismäßig einfach. Ehe der Raum gestrichen werden kann (B), muß er vorher ausgeräumt (A) sein. Danach wird er gesäubert (C). Die Vorhänge können erst aufgehängt werden (F), wenn sie beschafft sind (D), und wenn der Raum gesäubert ist (C). Das gleiche gilt analog für die Sitzmöbel.

Der Netzplan kann danach entworfen werden.



Wichtig sind die beiden Scheintätigkeiten S1 und S2; denn die Tätigkeit C muß sowohl für die Tätigkeit F als auch für die Tätigkeit G vorher beendet sein. Die Numerierung der Ereignisse muß stets so sein, daß eine Tätigkeit mit der kleineren Ereigniszahl beginnt und mit der größeren Ereigniszahl endet. Eine Tätigkeit (S1) kann also nur die Richtung 4-5 und nicht 5-4 haben. Das ist besonders wichtig für die Computerrechnung, da sonst sehr leicht Fehler auftreten können.

Nach dieser Strukturanalyse kann dann die Zeitanalyse durchgeführt werden. Diese **Zeitanalyse** kann verschieden vorgenommen werden. Betrachten wir zunächst die CPM-Methode (Methode des kritischen Weges).

Sie gliedert sich in drei Teile:

1. Bestimmung der Tätigkeitsdauer.
2. Progressive (vorwärtsschreitende) und retrograde (rückwärtsschreitende) Zeitrechnung.
3. Ermittlung des kritischen Weges und der Zeitreserven.

Das alles klingt vielleicht sehr kompliziert, ist aber im Prinzip doch recht einfach. Auch hierfür gibt es wieder genaue Regeln.

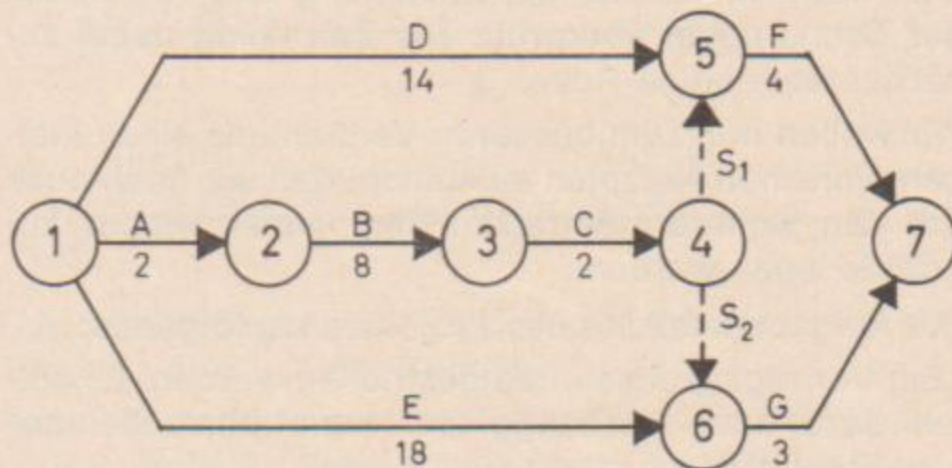
Bei der Bestimmung der Tätigkeitsdauer muß möglichst genau angegeben werden, welche Zeit für die einzelnen Tätigkeiten benötigt wird. Diese Genauigkeit der Zeitangaben ist sehr wichtig. Je mehr eine Tätigkeit noch in Einzeltätigkeiten unterteilbar ist, desto genauer lassen sich die Zeitangaben ermitteln. Wer zum Beispiel mit seinem Wagen von Hamburg nach München fahren will, der mag vielleicht die Gesamtfahrstrecke von rund 800 km einfach durch eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 100 km/std teilen, und er erhält den Zeitwert von 8 Stunden.

Wenn er aber die Strecke in Einzelstrecken zerlegt und dabei berücksichtigt, daß er nicht immer die Autobahn benutzen kann, daß Berg- und Gefällstrecken dazwischen liegen, daß er mit Behinderungen durch Bauarbeiten oder Verkehrsstauungen rechnen muß, und daß er schließlich auch Erholungspausen einlegen muß, dann wird er sicher zu einem anderen und meist genaueren Zeitwert kommen.

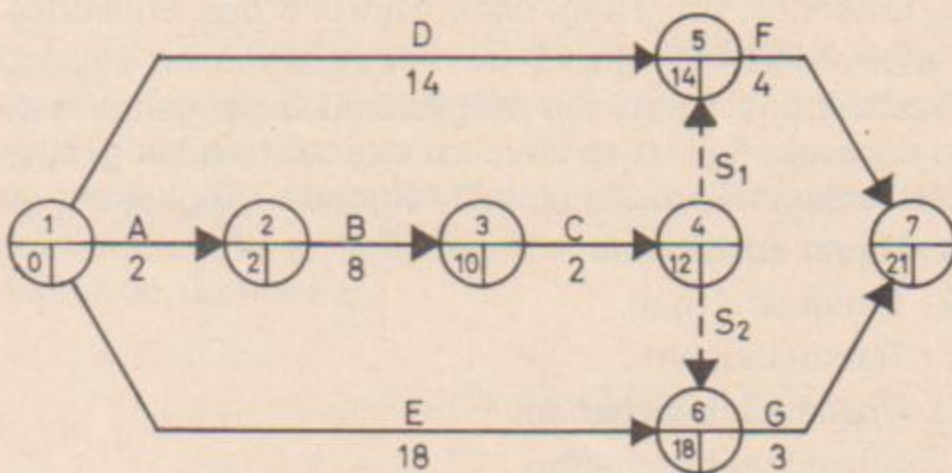
In unserem Beispiel nehmen wir folgende Zeitwerte an (jeweils angegeben in reinen Arbeitstagen):

- A: Raum ausräumen 2
- B: Raum streichen 8
- C: Raum säubern 2
- D: Vorhänge beschaffen 14
- E: Sitzmöbel beschaffen 18
- F: Vorhänge aufhängen 4
- G: Sitzmöbel aufstellen 3

Wichtig ist bei der Zeitangabe, daß Kalender- und Arbeitstage sorgfältig getrennt werden. Diese Zeitangaben werden jetzt in den Netzplan eingezeichnet als kleine Zahlen unter der Tätigkeitsbezeichnung.



Jetzt können wir den frühesten Zeitpunkt für die einzelnen Ereignisse errechnen. Bei der graphischen Darstellung wird der Ereigniskreis in drei Felder eingeteilt. Oben wird die Ereignisnummer, und unten werden die Zeitwerte eingetragen. Der früheste Zeitpunkt steht unten links.

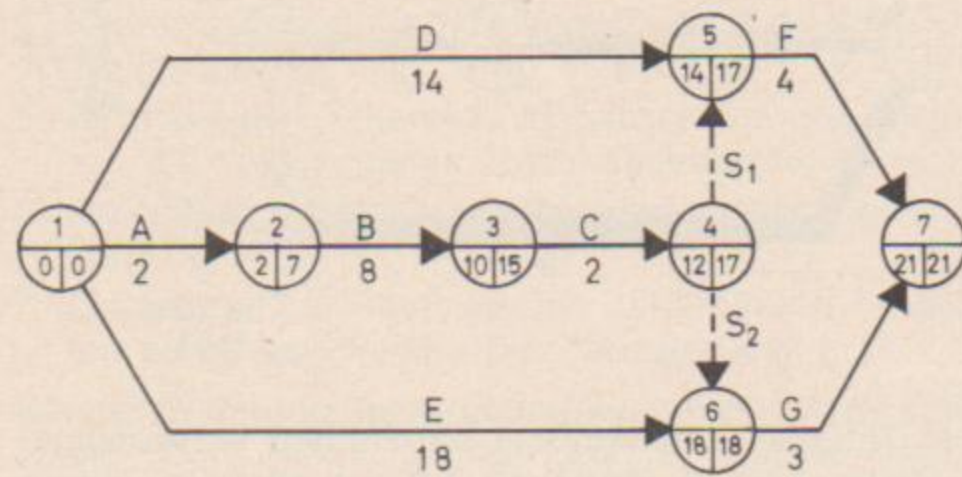


Beginnen wir beim Ereignis 1. Es bekommt den Zeitpunkt 0. Das Ereignis 2 den Wert 2, da die Tätigkeitsdauer A ja 2 Arbeitstage beträgt. Das Ereignis 3 bekommt den Wert $2+8=10$, das Ereignis 4 den Wert $10+2=12$.

Etwas komplizierter wird es beim Ereignis 5. Über die Tätigkeit D bekommt es den Wert 14 und über die Scheintätigkeit S1 den Wert 12. Natürlich kann nur der größere Wert genommen werden (14), da diejenige Tätigkeit für die Zeitangabe entscheidend ist, die eben am meisten Zeit beansprucht. Ebenso bekommt Ereignis 6 den Wert 18. Für das Ereignis 7 ergeben sich die Werte $18+3=21$ (über Tätigkeit G) und $14+4=18$ (über Tätigkeit F). Der größere und damit maßgebende Wert ist 21. Das bedeutet also, daß die Gesamtzeitdauer des Projektes 21 Arbeitstage beträgt.

Das war also die sogenannte progressive (vorwärts-schreitende) Zeitrechnung.

Nun zur retrograden Zeitrechnung, zur Bestimmung des **spätesten Zeitpunktes** der einzelnen Ereignisse. Jetzt beginnen wir von hinten, beim Ereignis 7.

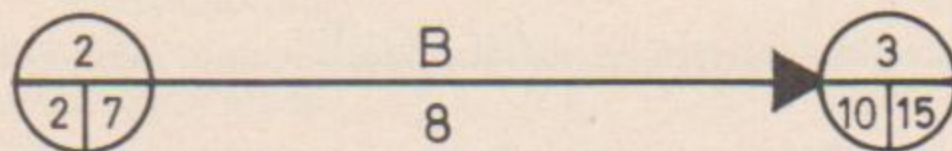


Dort tragen wir (jetzt in das untere rechte Feld des Ereigniskreises) abermals die Endzahl (21) ein und rechnen nun zurück. Für das Ereignis 5 ergibt es den Wert $21-4=17$, für 6 den Wert $21-3=18$. Für das Ereignis 4 ergeben sich über die Scheintätigkeit S1: $17-0=17$ (die Scheintätigkeit hat ja die Zeitdauer null) und über die Scheintätigkeit S2: $18-0=18$. Jetzt ist die kleinere Zahl maßgebend; denn wenn ich für Ereignis 4 als spätesten Zeitpunkt 18 nehme, dann kann der Termin von 21 über den Weg der Tätigkeit F (4 Tage) nicht mehr gehalten werden (denn: $18+4=22!$).

Für die Ereignisse 3 und 2 ergeben sich $17-2=15$ und $15-8=7$. Und schließlich für das Ereignis 1 ergeben sich die Werte $17-14=3$ über die Tätigkeit D, weiter $7-2=5$ über die Tätigkeit A und $18-18=0$ über die Tätigkeit E. Wieder ist der kleinste Wert, nämlich 0, als spätester Zeitpunkt für das Anfangsereignis einzutragen.

War das sehr schwierig? Ich hoffe, daß es allen Lesern verständlich geworden ist. Eigentlich ist es doch selbstverständlich, daß beim Anfangsereignis (1) und beim Endereignis (7) der früheste und der späteste Zeitpunkt zusammenfallen müssen. Wenn nämlich das gesamte Projekt überhaupt später beginnt, kann der Endtermin ja auf keinen Fall eingehalten werden. Und wenn es überhaupt gleichgültig ist, ob der Endtermin früher oder später erreicht wird, was nützt dann überhaupt die Mühe und der Aufwand eines Netzplanes?

Betrachten wir noch einmal die Tätigkeit B zwischen den Ereignissen 2 und 3.



Für diese beiden Ereignisse kennen wir jetzt jeweils den frühesten und spätesten Zeitpunkt. Die Tätigkeit B (Streichen des Raumes) benötigt 8 Arbeitstage. Sie kann frühestens am 2., muß spätestens am 7. Tag anfangen, kann frühestens am 10. und muß spätestens am 15. Tag beendet sein, wenn der Endtermin des Gesamtprojektes nicht gefährdet werden soll. Wir sehen also, daß wir für diese Tätigkeit eine gewisse Zeitreserve haben. Entweder kann der Maler später anfangen oder er kann sich mit der Ausführung der Arbeit etwas mehr Zeit lassen. Solange er innerhalb der angegebenen Zeiten bleibt, ist der Projektablauf nicht gefährdet.



Im eigenen Heim stören Ihre Kinder niemanden!

(Ein BHW-Bausparvertrag macht Sie unabhängig von ruhebedürftigen Wohnungsnachbarn und Mietklauseln)

Im eigenen Haus kann sich das Familienleben freier entfalten. Da stört es niemanden, wenn die Kinder im Hause spielen und heruntollern. Hausordnungen und Mieterhöhungen gibt es nicht. Wollen Sie also sicherer und schöner wohnen, dann schließen Sie beizeiten einen BHW-Bausparvertrag ab, der Ihnen als Angehörigen des öffentlichen Dienstes den Weg zum Eigenheim oder zur Eigentumswohnung ermöglicht und erleichtert.

Leichter mit dem Beamtenheimstättenwerk



Bausparkasse für Angehörige des öffentlichen Dienstes
325 Hameln (Weser)
Kastanienwall



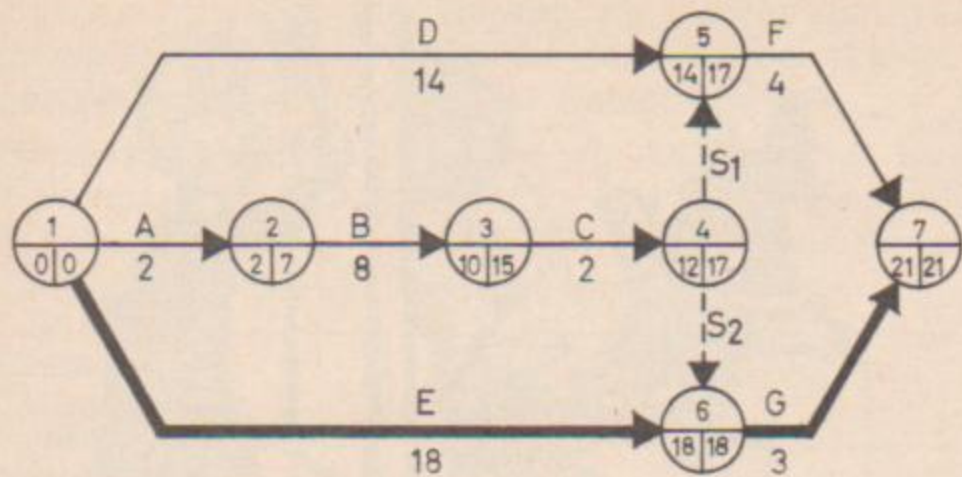
Fordern Sie noch heute unsere Schrift „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ an, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.

Wir nennen diese Zeitreserven „Pufferzeiten“. Es sei hier nur am Rande erwähnt, daß es verschiedene Pufferzeiten gibt, nämlich „Gesamte Pufferzeit“, „Freie Pufferzeit“, „Unabhängige Pufferzeit“ und „Bedingt verfügbare Pufferzeit“. Wir wollen uns jedoch nähere Betrachtungen darüber ersparen, da diese Unterteilungen im Grunde für das Gesamtverständnis nicht unbedingt wichtig sind. Nur eins sei noch erwähnt. Die „Bedingt verfügbare Pufferzeit“ stellt den Unterschied zwischen dem frühesten Zeitpunkt und dem spätesten Zeitpunkt eines Ereignisses dar. Sie wird übrigens auch „Schlupf“ genannt. Sie beträgt in unserem Beispiel beim Ereignis 2 $7-2=5$ und beim Ereignis 3 $15-10=5$.

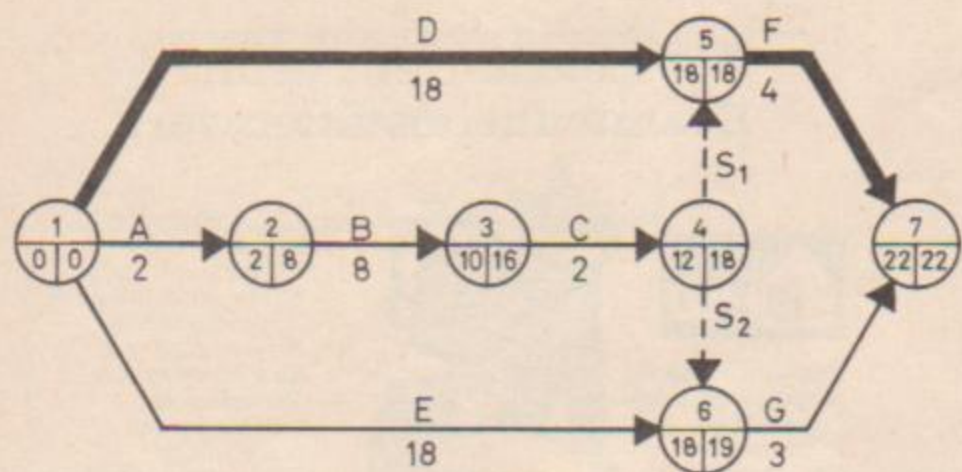
Wie ist es aber mit den Ereignissen 1, 6 und 7? Hier decken sich nämlich die beiden Zeitpunkte. Hier haben wir es mit sogenannten **kritischen Tätigkeiten** und kritischen Ereignissen zu tun. Es gibt dabei keine zeitliche Reserve.

Jeder Netzplan enthält eine oder mehrere solche ununterbrochenen, vom Start- bis zum Schlußereignis führenden Ketten von kritischen Tätigkeiten; diese Kette wird als der **kritische Weg** bezeichnet. Die wichtigste Eigenschaft der kritischen Tätigkeit ist es, daß jede Überschreitung ihrer Dauer auch zu einer Überschreitung des Endtermins des Gesamtprojektes führt. Deshalb ist dem kritischen Weg besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Netzplan wird dieser kritische Weg dadurch hervorgehoben, daß die entsprechenden kritischen Tätigkeiten als dicke Pfeile gezeichnet werden.



Damit ist der Netzplan fertig. Wir kennen jetzt den kritischen Weg und wissen, welchen Tätigkeiten wir die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen, in unserem Fall der Beschaffung der Sitzmöbel und dem Aufstellen der Sitzmöbel. Allerdings müssen auch die anderen Tätigkeiten kontrolliert werden. Es könnte sich sonst beispielsweise durch die Verlängerung der Tätigkeit D von 14 auf 18 Arbeitstage ein anderer kritischer Weg ergeben, der zu einem neuen Endtermin führt.



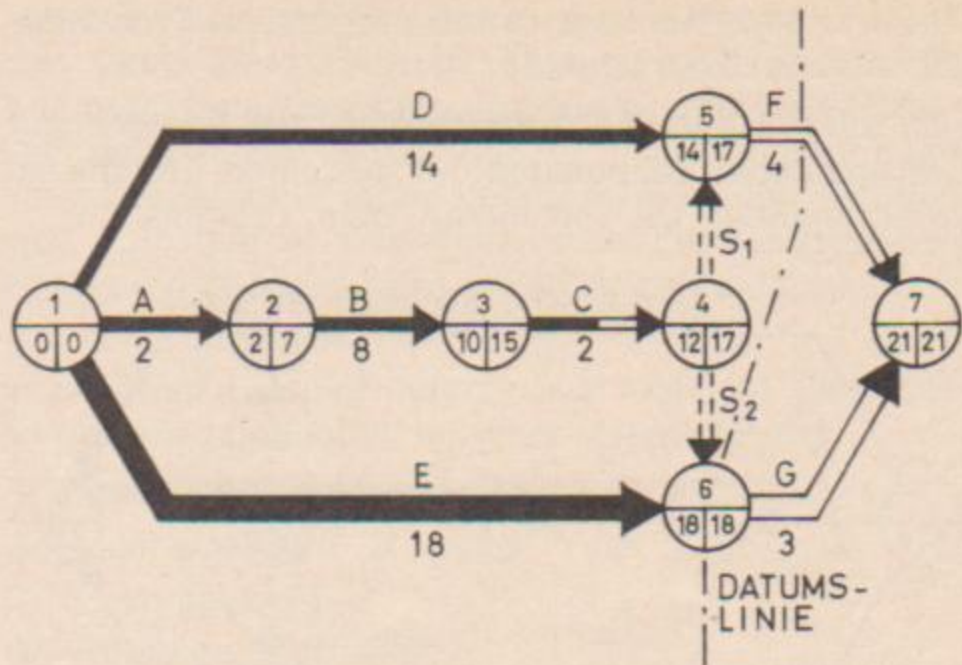
Natürlich läßt sich jetzt auch mit Hilfe des Netzplanes und des kritischen Weges leicht feststellen, welche kritischen Tätigkeiten durch erhöhten Einsatz von Personal und Maschinen und dergleichen verkürzt werden können, wenn der Endzeitpunkt des Projektes unter Umständen vorgezogen werden soll. Bei jedem Verkürzen des kritischen Weges muß jedoch das Netz noch einmal durchgerechnet werden, da sich unter Umständen andere kritische Wege ergeben. Bei großen und umfangreichen Netzen ist diese Tätigkeit jedoch sehr umständlich und zeitraubend. In diesem Fall kann uns der Computer jedoch große Dienste leisten, wie er überhaupt für die Auswertung des gesamten Netzplanes sehr wichtig ist. Übrigens sei erwähnt, daß meist nur 15 bis 25 % aller Tätigkeiten überhaupt kritisch sind.

Zur Kontrolle der Übereinstimmung der ausgeführten Arbeiten mit dem Netzplan können die beendeten Tätigkeiten im Netzplan markiert werden. Begonnene Tätigkeiten werden dabei teilweise markiert. Die Länge des markierten Teiles hat keine Bedeutung, da im Netzplan kein Zeitmaßstab enthalten ist.

Außerdem werden die Ereignisse, deren geplanter Ereigniszeitpunkt mit dem Datum der Berichterstattung übereinstimmt, im Netzplan miteinander verbunden. Dies ergibt die strichpunktierte Datumslinie.

So erhalten wir einen guten Überblick über den Stand der Arbeit bei dem Projekt. Alle noch nicht begonnenen Tätigkeiten (deren Pfeile noch nicht markiert sind), die links der Datumslinie liegen, sind verspätet. Beendete Tätigkeiten, die rechts der Datumslinie liegen, haben gegenüber dem Zeitplan einen Vorsprung.

In unserem Beispiel wird eine Berichterstattung am 18. Tag angenommen.



Die Tätigkeit E (Sitzmöbel beschaffen) ist termingerechtem beendete, die Tätigkeit C (Raum säubern) jedoch noch nicht. Damit ergeben sich bei der Tätigkeit C und auch bei F bereits Verspätungen gegenüber dem Netzplan. Es wäre somit genau zu prüfen, ob gegebenenfalls nach beschleunigter Fertigstellung der Tätigkeit C die Tätigkeiten G und F in kürzeren Zeiten ausgeführt werden können, um den Gesamttermin einzuhalten.

Noch eine kurze Erklärung zur Zeitanalyse nach der PERT-Methode. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß diese Methode eine gewisse Unsicherheit der Zeitschätzung bereits in Rechnung stellt, um zu möglichst sicheren Zeitschätzungen zu kommen.

Das klingt vielleicht etwas paradox; aber ein kurzes Beispiel möge es erläutern. Für die Kalkulation von Winterbaumaßnahmen sei es notwendig, etwa die Länge des Winters möglichst genau zu kennen. Jahrelange Beobachtungen haben vielleicht gezeigt, daß normalerweise mit 3 Monaten zu rechnen ist, im günstigsten Fall lag die Zeit bei 2 Monaten, im ungünstigsten Fall bei 6 Monaten. Bei dieser Streuung ist also anzunehmen, daß wir bei unserer Berechnung uns nicht einfach an den Mittelwert halten können, um sicher zu gehen, sondern daß sich irgendwie auch der ungünstigste Wert bemerkbar machen wird. Also wird die veranschlagte Zeit bei etwas über 3 Monaten liegen.

So ist es auch bei der Zeitanalyse nach PERT. Wir kennen 3 verschiedene Zeitwerte, nämlich:

1. die optimistische Tätigkeitsdauer A,
2. die wahrscheinlichste Tätigkeitsdauer M und
3. die pessimistische Tätigkeitsdauer B.

Aufgrund dieser drei Zeitangaben errechnet sich die mittlere, erwartete Tätigkeitsdauer T_E nach der Formel

$$T_E = \frac{A + 4M + B}{6}$$

Entwickelt wurde diese Formel aus der Wahrscheinlichkeitsrechnung nach der sogenannten Beta-Verteilung. Weitere Einzelheiten wollen wir uns jedoch ersparen. Die PERT-Methode arbeitet jedoch mit dieser mittleren, errechneten Tätigkeitsdauer und ist daher auch in der Lage, den Grad der Wahrscheinlichkeit anzugeben, der für die Termineinhaltung gegeben ist.

Zusammengefaßt läßt sich also sagen:

Bei PERT liegt das Schwergewicht auf einer möglichst guten Aussage über die Zeitpunkte der Ereignisse. Bei CPM liegt das Schwergewicht auf einer umfassenden Aussage über die einzelnen Tätigkeiten und deren Pufferzeiten.

Und damit können wir noch einmal allgemein die Vorteile und Ziele der Netzplantechnik angeben:

1. Guter Überblick über das ganze Planungsobjekt.
2. Darstellung des logischen Ablaufs und der gegenseitigen Anhängigkeiten.
3. Genaue Zeitschätzung und Terminfestlegung.
4. Kenntnis des kritischen Weges und der kritischen Tätigkeiten.
5. Rechtzeitiges Erkennen möglicher Störungsfaktoren, die den geplanten Ablauf beeinflussen können.
6. Objektiver Vergleich verschiedener Planungsvarianten.
7. Entlastung von Routinearbeit bei größeren Projekten durch maschinelle Datenauswertung.

Bei der Erklärung der Grundregeln haben wir die Beispiele recht unterschiedlich gewählt. Daraus ergibt sich, daß die Anwendung der Netzplantechnik sich auf jede logische Tätigkeit erstrecken kann. Natürlich wäre es abwegig, seinen eigenen Urlaubsplan nach der Netzplantechnik zu entwickeln; aber die Anwendungsgebiete sind tatsächlich sehr vielseitig.

Sei eignet sich für Bauvorhaben, Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Planungsaufgaben, Organisationsaufgaben, Produktionsaufgaben, Beschaffungsaufträge und Stellenbesetzungen.

Wir haben in unserem letzten Beispiel einen einfachen Netzplan gewählt mit insgesamt 7 Tätigkeiten, 2 Scheintätigkeiten, 2 kritischen Tätigkeiten und 7 Ereignissen. Für dieses Beispiel benötigen wir natürlich noch keinen Computer. Aber es gibt Netzpläne, die wesentlich umfangreicher sind. So umfaßt beispielsweise ein Projekt einer Wohnsiedlung für 190 Wohnungen in Zürich insgesamt 1800 Tätigkeiten, 540 Scheintätigkeiten, 270 kritische Tätigkeiten und 1080 Ereignisse. Bei der Auswertung eines solchen Netzes kann uns nur der Computer helfen. Und was er uns dort in Sekundenschnelle liefert, grenzt fast an Zauberei. Der IBM-Computer gibt uns beispielsweise eine lange Liste mit folgenden Angaben:

- Tätigkeitskurzbeschreibung,
- Nummer des Anfangsereignisses der Tätigkeit,
- Nummer des Endereignisses der Tätigkeit,
- Zeitdauer der Tätigkeit,
- Frühester Anfang und frühestes Ende der Tätigkeit,
- Spätester Anfang und spätestes Ende der Tätigkeit,
- Gesamte Pufferzeit,
- Freie Pufferzeit,
- Kritischer Weg.

Eventuell können sogar noch die Kosten der Tätigkeit eingesetzt werden.

Eine zweite Liste gibt uns die gleichen Angaben, jedoch geordnet nach dem zeitlichen Ablauf, und zwar nach dem frühesten Beginn der Ereignisse. Wir wissen dann zum Beispiel, was wir am 2. Mai 1967 zu tun haben, welche Tätigkeiten begonnen, bzw. beendet sein müssen, welche Vorarbeiten zu tun sind und dergleichen mehr.

Weiter ist es für den Computer kein Problem, die gleichen Angaben noch einmal getrennt nach den Baugewerken zu liefern. Da finden wir dann viele Seiten, die nur dem Elektriker dienen mit den Angaben, wann die Installationen im Erdgeschoß, wann im Obergeschoß fertigzustellen sind, und welche Tätigkeiten kritisch sind und welche nicht. Natürlich läßt es

Lieferung sämtlicher Artikel für den Kabelkanalbau der Fernmelde-, Signal- und Starkstromtechnik



STEWING

Beton- und Fertigteilwerk
Dorsten

Beton- und Fertigteilwerk GmbH
Raunheim

Kunststoffbetrieb GmbH
Dorsten

die Aufgabenstellung auch zu, daß die entsprechende Baufirma nur die Aufgaben über den frühesten Beginn und das früheste Ende der Tätigkeit erfährt, und daß ihr eventuelle freie Pufferzeiten nicht genannt werden.

Eine weitere Zusammenstellung gibt uns der Computer, diesmal geordnet nach der Dauer des „Schlupfes“, der sogenannten „bedingt verfügbaren Pufferzeit“. Zunächst werden sämtliche kritischen Tätigkeiten aufgeführt, also die Tätigkeiten, die keinen Schlupf haben. Danach kommen die Tätigkeiten mit dem Schlupf von einem Tag, von zwei Tagen, von drei Tagen usw. Diese Tätigkeiten sind in sich wiederum zeitlich geordnet, so daß bei der Überprüfung leicht festgestellt werden kann, welche Tätigkeiten bei Verzögerungen kritisch werden. Diesen Tätigkeiten ist dann ebenfalls besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Und schließlich bereitet es keine Schwierigkeiten, das ganze Netz auch als Balkendiagramm auszudrucken, so daß der Bauleiter in der altgewohnten Form wiederum einen Bauzeitenplan erhält, der allerdings besonders die kritischen Tätigkeiten zeigt ebenso wie die Pufferzeiten.

In den letzten Jahren fand die Netzplantechnik in Europa vorwiegend in der Schweiz Verwendung. Aber auch in Deutschland bedient man sich ihrer immer mehr. Bei der Deutschen Bundespost wird zum Beispiel beim Neubau des Fernmeldeturmes in Hamburg bereits mit der Netzplantechnik gearbeitet. Die Firma Wayss & Freytag hat hier als Hauptunternehmer in Verbindung mit dem Architekten Prof. Trautwein einen

umfangreichen Netzplan aufgestellt. Dieser Netzplan umfaßt insgesamt 3000 Tätigkeiten, davon allein 500 Tätigkeiten für den Aufzug. Hier ergibt sich nämlich das besondere Problem, daß während der Bauzeit des Turmes für ein Jahr nur ein einziger Aufzug für Bauarbeiter- und Materialbeförderung zur Verfügung steht. Es wird deshalb besonderer Wert auf die Auswertung und Zusammenstellung der monatlichen Aufzugsfahrten gelegt.

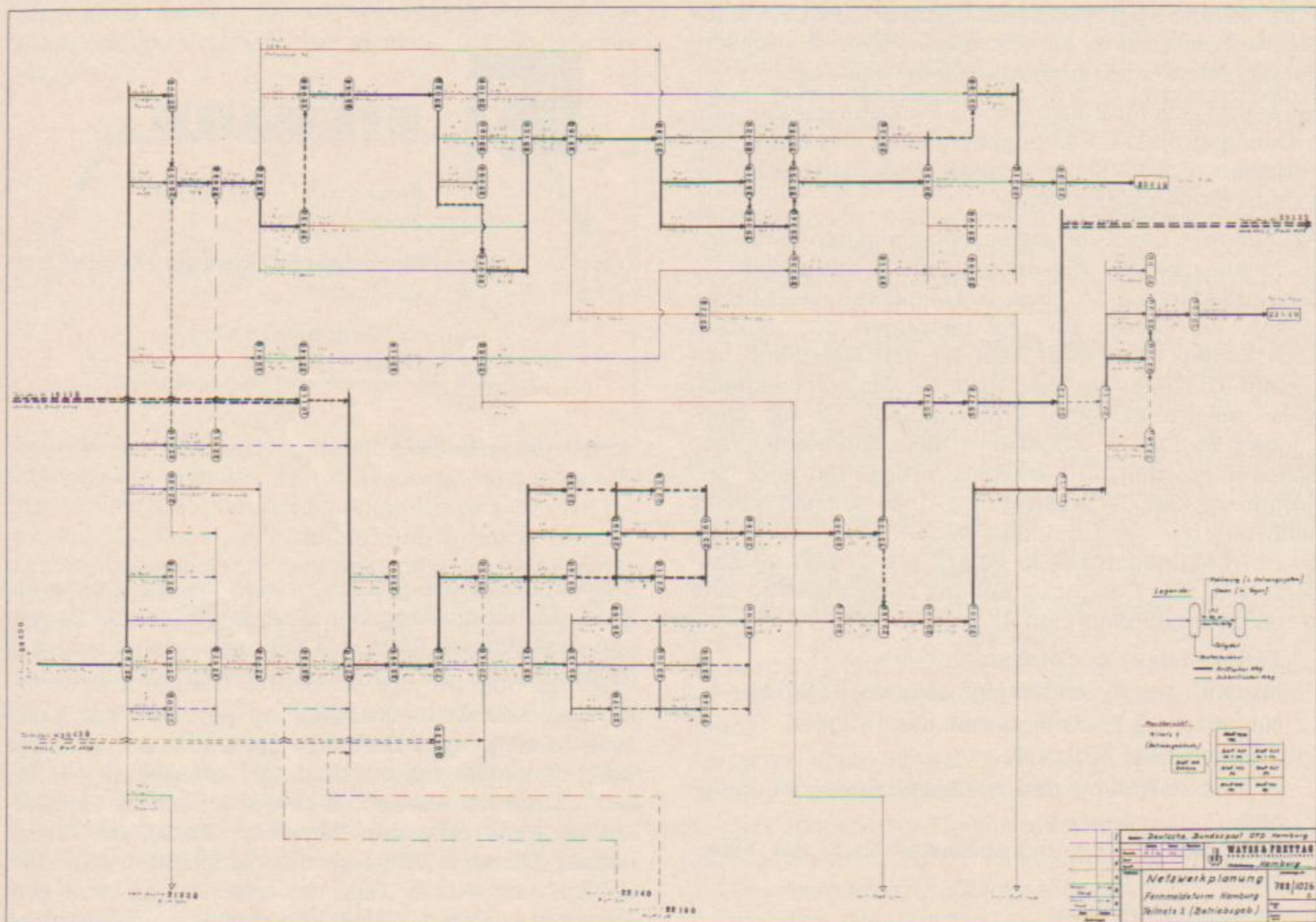
Gearbeitet wird nach dem System PERT-COST II. Als Computer dienen die IBM 1401 und 7090. Insgesamt wurden 4 Teilnetzpläne mit je etwa 750 Tätigkeiten aufgestellt.

Rein zeichnerisch wurden diese Teilnetze in insgesamt 35 Teilnetzplänen dargestellt. Jeder Plan hat die Größe von etwa 1,20 x 0,90 m. Die folgende Abbildung zeigt einen solchen Teilplan.

Schwerpunkt der Tätigkeit. Das Auswerten durch den Computer geschieht in Nano-Sekundenschnelle. Ein Durchgang dauert etwa eine halbe Stunde. Während dieser Zeit druckt der Computer ein endloses Informationsband in fünffacher Ausfertigung aus, das aneinandergereiht sich sicherlich bald mit der Höhe des Turmes messen kann.

Eine Stunde dieser Auswertung kostet übrigens bei der IBM 7090 etwa 3100,- DM und bei der IBM 1401 etwa 600,- DM.

Aber wenn man berücksichtigt, welche Baukosten durch wirtschaftliches Bauen gespart werden können, und welche Einnahmen auf der anderen Seite gegenüberstehen, wenn ein Bau früher fertiggestellt wird, dann lohnen sich bei größeren und umfangreichen Bauten gewiß Kosten- und Zeitaufwand der Netzplantechnik.



Auf den ersten Blick ist die Fülle der Ereignisse und Tätigkeiten tatsächlich verwirrend, und es bedarf schon eines eingehenden Studiums, um den Verlauf der kritischen Wege genau festzustellen. Dabei ist ja zu bedenken, daß bei einem Bau normalerweise bis zu 27 Baugewerke (vom Maurer bis zum Maler) tätig sind, die zum Teil nacheinander, zum Teil nebeneinander für die reibungslose und zügige Bauabwicklung verantwortlich sind.

Nur wer die Fülle des Informationsmaterials sieht, die vielen Listen, die vorher auszufüllen und auszuwerten sind, ehe die Angaben als Lochkarten in den Computer gegeben werden, kann wirklich begreifen, welche gewaltige Vorarbeit nötig ist, bis der Netzplan mit allen Einzelheiten erstellt ist. Monatelange Vorarbeit und dauernde Überprüfung des Netzes bilden den

Sie ist überhaupt noch eine junge Plantechnik und noch voller Entwicklungsmöglichkeiten. Planvoll und sinnvoll eingesetzt kann sie wie die gesamte Datenverarbeitung und Computertechnik dazu beitragen, den Menschen zu befreien von der stumpfsinnigen routinemäßigen Arbeit und ihm Zeit zu geben zur schöpferischen Gestaltung.

Wer sich eingehender mit der Netzplantechnik befassen möchte, für den sei Band I aus der Schriftenreihe des Betrieblichen Institutes der ETH Zürich: „Netzplantechnik“ von Prof. Walter F. Daenzer, Verlag Industrielle Organisation empfohlen. Eine „Anwendung der Netzplantechnik in der Bauwirtschaft“ gibt das Buch von G. Wagner, erschienen im Bauwelt-Verlag.

Kein Popanz des Herrn Dr. Tapfer

Oberpostrat a. D. K. Bergmann, Hamburg

Nicht ohne Befremden werden viele Leser des Nachrichtenblattes den Beitrag des Herrn Carl Stenger „Der Popanz des Herrn Dr. Tapfer“ im Heft 4/1966 gelesen haben. Herr Dr. Tapfer – im 92. Lebensjahre und leidend – hat mich gebeten, eine Entgegnung auf diesen Beitrag für das Nachrichtenblatt zu verfassen. Diesem Wunsch bin ich gern nachgekommen, weil ich Herr Dr. Tapfer, mit dem ich seit fast 20 Jahren berufspolitisch zusammenarbeite, als Persönlichkeit, Nestor und Pionier der Bewegung des deutschen Berufsbeamtentums hoch verehere.

Die sachliche Seite der Streitfrage

Der Beitrag des Herrn Stenger bezieht sich auf den Aufsatz des Herrn Dr. Tapfer „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt“ im Nachrichtenblatt Heft 2/1966. Herr Dr. Tapfer hatte in seinem Aufsatz völlig sachlich vor allem über folgende Fragen berichtet:

1. Gespräch zwischen führenden Sozialdemokraten (u. a. Herrn Brandt) und dem Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes (DBB) am 10. 2. 66 mit dem Ergebnis, künftig eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen SPD und DBB anzustreben.
2. Einstweilige Verfügung erwirkt vom DBB gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) (Unterlassung falscher Behauptungen über den Vorsitz der DBB).
3. Rückblick auf die Vorgänge in Berlin bei dem Ringen um die Erhaltung des wirklichen Berufsbeamtentums und bei der Gründung des DBB (kämpferisch-ablehnende Haltung der SPD und des DGB gegen die Erhaltung des wirklichen Berufsbeamtentums und die Gründung des DBB).
4. Besoldungseinheit zwischen Bund und Ländern (Änderung des Artikels 75 GG).
5. Enge Verbindung zwischen SPD und DGB.

Der Schlußsatz des Aufsatzes des Herrn Dr. Tapfer lautet:

„Schließlich bliebe noch ernstlich zu wünschen, daß es einer engen Zusammenarbeit zwischen DBB und SPD gelingen möge, auch den DGB zu einer Duldung des Berufsbeamtentums zu bewegen, mindestens aber beleidigende Angriffe auf den DBB zu unterlassen.“

Herr Stenger hatte den Ausführungen des Herrn Dr. Tapfer widersprochen. Zur Begründung hatte er u. a. eine Stellungnahme für die Erhaltung des Berufsbeamtentums der „Beamtenkonferenz des Verbandes für Eisenbahn, Post- und Fernmeldewesen“ vom 18. 10. 45 und beim „Gründungskongreß des DGB“ im Oktober 1949 zitiert; letztere mit folgendem Wortlaut:

„Eine demokratische Beamtenschaft ist mit die Voraussetzung für die Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Unter Betonung dieses Grundsatzes stellt sich der Kongreß des DGB auf den Boden eines demokratischen fortschrittlichen Berufsbeamtentums.“

Außerdem hatte Herr Stenger Innenminister Dr. Schröder (1956) und Bundespräsident Lübke (1966) als Zeugen seiner Auffassung zitiert sowie auf die Arbeit des Herrn Gscheidle (MdB, SPD) für die Beamtenschaft hingewiesen.

„Worte sind Schall, Tatsachen beweisen“, sagt ein Sprichwort. Bei unserer Frage handelt es sich um den Inhalt des Wortes „Berufsbeamtentum“. Das vom DGB erstrebte „demokratisch fortschrittliche Berufsbeamtentum“ hat einen anderen Inhalt als das von Herrn Dr. Tapfer gemeinte „wirkliche Berufsbeamtentum“. Der DGB und die DPG erstreben die *Mitbestimmung* auch im personellen Bereich (u. a. bei Besetzung von Dienstposten, Versetzungen, Beförderungen), d. h. der Vorgesetzte darf eine Personalentscheidung erst treffen, nachdem der Personalrat zugestimmt hat, der wieder eng mit der DPG zusammenarbeitet. Die voraussichtlichen Konsequenzen der Mitbestimmung für die Personalführung, die Personalwirtschaft, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsführung, für die Betriebsgüte, aber auch für die Entwicklung und Freiheit des Beamten als Persönlichkeit und seine Freiheit am Arbeitsplatz mag sich jeder Leser selbst überdenken. M. E. schließen die „Mitbestimmung der Gewerkschaften im personellen Bereich“ und die „Regelung des Rechtes des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ (Art. 33,5 GG) einander aus.

Die polemische Seite der Streitfrage

„Wirkliches Berufsbeamtentum“ oder „demokratisch fortschrittliches Berufsbeamtentum“ ist eine berufspolitische Streitfrage größter staatspolitischer Bedeutung. Über sie mag urteilen, wer sich hierzu berufen fühlt. Er muß es verantwortungsbewußt nach eigener Überzeugung als Staatsbürger und Beamter tun.

Sehr bedauert haben aber sicher viele Leser die polemischen Spitzen in dem Beitrag des Herrn Stenger, durch die Herr Dr. Tapfer sich mit Recht verletzt fühlt. Herr Stenger ist im berufspolitischen Bereich des öffentlichen Dienstes eine so bekannte und einflußreiche Persönlichkeit, daß er es nicht nötig hat, seiner Sachdarstellung polemische Spitzen einzufügen. Das Leben des Herrn Dr. Tapfer umfaßt eine so bedeutende berufliche, berufspolitische und staatsbürgerliche Bewährung und Leistung, daß ihn polemische Apostrophierungen nicht berühren können. Herr Dr. Tapfer hat bewiesen, daß er Zivilcourage besitzt, die in Deutschland selten ist. Während des Kapp-Putsches im März 1920 forderte er als Vorsitzender des Hauptbeamtenausschusses beim RPM den von Kapp eingesetzten Reichpostminister Sönksen zum Rücktritt auf, während die Kapp-Truppen mit Hakenkreuz am Stahlhelm und Handgranaten am Koppel vor dem Reichspostministerium patrouillierten. Während des Dritten Reiches führte Dr. Tapfer gegen den Willen des Propaganda-Ministeriums einen Prozeß zur Wahrung des Postgeheimnisses erfolgreich durch.

Das neue Stephanbuch

Zu Beginn meiner Postlaufbahn fiel mir Stephans Buch „Das Verkehrswesen im Altertum und im Mittelalter“ in die Hände. Es war ein ansehnlicher Wälzer — aber mit welcher Freude habe ich damals das Buch gelesen! Ich staunte über die Weite seines Weltbildes. Wie ein Fachmann ist er zu Hause in der griechischen, römischen und mittelalterlichen Literatur und Geschichte und wie ein Fachmann ist er passionierter Etymologe, der nicht nur dem Sinn, sondern auch der Entstehung des „Wortes“ auf den Grund geht.

Nun haben wir eine Neubearbeitung von Stephans Werk. Ich kann nicht beurteilen, wie stark der Neubearbeiter, Herr Gottfried North, den ursprünglichen „Stephan“ gekürzt hat, da mir das Originalbuch Stephans nicht zur Verfügung steht. — Auf alle Fälle verdient Herr Kollege North unseren Dank und höchstes Lob, daß er uns das Bild unseres „Ahnherrn“ wieder ins Gedächtnis gerufen und neu belebt hat.

Der Verlag Erich Herzog in Goslar hat das Buch, gefällig in Form, klar im Druck auf glänzendem Papier und mit vorzüglichen Bildern geschmückt, herausgegeben. Auch ihm gebührt unser Dank. Gerke

Mitteilung der FEFAS-PTT

Kinder- und Wohnungsaustausch während der Ferien

Der Vorstand der FEFAS-PTT hat auf seiner letzten Vorstandssitzung den Gedanken des Kinder- und Wohnungsaustausches während der Ferien aufgegriffen. Folgendes Verfahren soll dabei angewandt werden:

Jede nationale Vereinigung unterrichtet ihre Mitglieder, um Kollegen festzustellen, die — auf der Grundlage der Gegenseitigkeit — diesen Ferienaustausch (Kinder oder Familien) in Anspruch nehmen wollen; auf der nächsten Vorstandssitzung wird bei ausreichender Beteiligung der nationalen Vereinigungen eine „Wunschliste“ aufgestellt und veröffentlicht werden. Die Aufgabe der FEFAS kann dabei nur darin bestehen, die Interessenten festzustellen.

Wer an einem solchen Kinder- oder Wohnungsaustausch während der Ferien teilnehmen will, möge seine Wünsche bis zum 1. Mai 1967 (genau) Herrn Kollegen Schilly, OPD Saarbrücken mitteilen.

Wie funktioniert das Bausparen?

Bausparkollektiv — Ein Ei des Kolumbus?

Das Bausparkollektiv beruht auf folgender Überlegung: Angenommen es fehlen dem Eigenheimbewerber für die Finanzierung seines Hauses DM 20 000,— und er ist in der Lage, jährlich DM 1000,— für diesen Zweck zu sparen. Er würde dann, wenn er das Geld zur Bank oder Sparkasse brächte — ohne Berücksichtigung der Zinsen, die als eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben betrachtet werden mögen — 20 Jahre brauchen, bis er das fehlende Geld beisammen hat und sein Vorhaben beginnen kann. Schließt sich dieser Interessent aber beispielsweise mit hundert anderen zusammen, bei denen die Verhältnisse ähnlich liegen, so würden nach einem Jahr bereits 100 x DM 1000,— = DM 100 000,— verfügbar sein. Von diesem Kapital könnten im ersten Jahr bereits fünf Bewerber ihre Vorhaben finanzieren, im zweiten Jahr wiederum fünf und so fort, so daß im zwanzigsten Jahr alle ihre Eigenheime haben; und zwar alle bis auf die letzten fünf früher als bei getrennten Vorgehen. Berücksichtigt man außerdem, daß der Sparerkreis einer Bausparkasse nicht geschlossen ist, sondern ständig neue Bausparer hinzukommen, so ist sicher, daß alle Beteiligten bei gemeinsamem Vorgehen früher an das Ziel ihrer Wünsche gelangen als bei isoliertem Vorgehen.

Da bei einem solchen Verfahren Geldgeber und Geldnehmer dieselben Personen sind, können die Geschäftsbedingungen ohne Rücksicht auf den Geld- und Kapitalmarkt bestimmt werden, der sich nicht nach den Bedürfnissen der Bausparer und Eigenheimbewerber, sondern nach dem Auf und Ab der Konjunktorentwicklung richten muß. Die Zins- und Kostensätze der Bausparkassen liegen deshalb in der Regel unter denen, die am Kapitalmarkt üblich sind, der andere Aufgaben zu erfüllen und andere Kunden zu bedienen hat. Der Eigenheimer braucht, wenn man über seine Belange nicht zur Tagesordnung übergehen will, eigene Spar- und Krediteinrichtungen, die seinen besonderen Verhältnissen angepaßt sind.

Es kommt nicht selten vor, daß ein Bausparer das Geld, das er sich durch den Bausparvertrag verschaffen will, schon vor der Zuteilung seines Vertrages benötigt. Um auch in diesem Falle zu helfen, wird, wenn der Bausparer die zusätzlichen Lasten tragen kann, für die Zeitspanne bis zur Zuteilung des Bausparvertrages, also für einige Monate oder wenige Jahre, eine Vor- oder Zwischenfinanzierung aus Mitteln der Bausparkasse selbst oder des Kapitalmarktes dem Kollektivablauf des Bausparvertrages vorgeschaltet (vorzeitiges Darlehen).

Familiennachrichten

werden zu einem verbilligten Anzeigentarif aufgenommen. Sie gehören in das Nachrichtenblatt, welches von allen Mitgliedern der Vereinigung gelesen wird.

Die Veröffentlichung erfolgt im dreigespaltenen Textteil.
Spaltenbreite = 52 mm.

Es können 1-, 2- und 3gespaltene Anzeigen aufgegeben werden.

Grundpreis für die 1gespaltene Anzeige je mm = DM —,75.

Eine 2spaltige Anzeige von 60 mm Höhe würde somit 2 x 60 mm à DM —,75 = DM 90,— kosten.

Manuskripte und Unterlagen bitte an

ACO Verlags- und Druck-GmbH 3300 Braunschweig Kalenwall 1 Postfach 975

Mitteilung der F. I. T. C. E.

Die 6. Europäischen Fernmeldetage in Brüssel 1967

finden vom 3. bis 8. Juli 1967 statt. Die hohe Schirmherrschaft hat seine königliche Hoheit der Prinz Albert von Lüttich übernommen. Die Schirmherrschaft üben die 6 Minister der 6 Länder des gemeinsamen Marktes aus, denen das Post- und Fernmeldewesen jeweils untersteht.

Für das Ehrenkomitee haben sich bis jetzt schon 44 international bekannte Persönlichkeiten von Rang bereitgestellt.

Aus dem Bundespostministerium finden wir die Namen der Staatssekretäre Dr. jur. Steinmetz und Dipl.-Ing. Bornemann, vom FTZ Darmstadt Präsident Dipl.-Ing. Maul. Der deutsche Bundesminister des Auswärtigen, Herr Willy Brandt, hat an den Präsidenten der F.I.T.C.E., Herrn Ir M. Lambiotte, Administrateur Général der RTT Belge, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Es wird mir ein Vergnügen sein, in der Liste des Ehrenkomitees dieser Tagung, die vom 3. bis 8. Juli 1967 in Brüssel stattfinden wird, genannt zu werden.

In Anbetracht zahlreicher anderer Verpflichtungen ist es mir jedoch leider nicht möglich, an den Veranstaltungen persönlich teilzunehmen. Die deutsche Regierung wird durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Herr Dr. Werner Dollinger, auf der Tagung vertreten werden.

Ich wünsche den „Europäischen Tagen“ in Brüssel einen erfolgreichen Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen, gez.: Willy Brandt“

Hierdurch erhalten die 6. Europäischen Fernmeldetage in Brüssel für die deutsche Gruppe der F.I.T.C.E. eine besondere Bedeutung, was wir durch eine betont zahlreiche Teilnahme unterstreichen wollen.

Die Anmeldeformulare für die Fernmeldetage haben der Nr. 6 der Revue-F.I.T.C.E., Dezember 1966, beigelegen. Sie auszufüllen und abzusenden, sollte alsbald geschehen und nicht aufgeschoben werden. Auch Familienangehörige und Gäste können angemeldet werden.

Das vorläufige Programm sieht in Kürze folgendes vor:

Montag, den 3. Juli 1967:

10.00 Uhr: Eröffnungsveranstaltung im Palais des Congrès, 3. Coudenberg.

15.00 Uhr: Beginn der Arbeiten des Kongresses im Gebäude der Conscriptio télégraphique de Bruxelles, boulevard de l'Impératrice, 17-19:

1. Einleitender Vortrag von einer Persönlichkeit von internationalem Rang.
2. Sitzung der 6 Studienkommissionen.
3. Sitzung des Direktionskomitees.

Dienstag, den 4. Juli 1967:

9.00 Uhr: Technische Vorträge im Gebäude der Conscriptio télégraphique de Bruxelles, boulevard de l'Imperatrice, 17-19.

Folgende Themen sind vorgesehen:

1. Neue Vorstellungen hinsichtlich der elektrischen Durchbildung des Teilnehmerfernsprechapparates:
 - Bezugsdämpfung
 - Rückhördämpfung
 - Regelmäßiger Verlauf des Scheinwiderstandes.
2. Die Wechselwirkung der verschiedenen Gebiete eines Fernmeldenetzes aufeinander:
 - Vermittlungstechnik
 - Übertragungstechnik
 - Betrieb (Unterhaltung, Beherrschung der Qualität, Übertragung von Dokumenten, Motorisierung der Dienste usw.)
 - Planung
 - Tarifgestaltung.
3. Die wachsende Verwendung der Fernmeldenetze für Spezialdienste, wie:
 - Fernmessung und Fernüberwachung
 - Fernsteuerung
 - Fernanzeige
 - Datenübertragung.Schließt diese Verwendung die Notwendigkeit ein, die vorhandenen Telegraphen- und Fernsprechnetze zu verändern?
4. Friedliches Nebeneinanderbestehen oder dauernder Wettstreit zwischen den drahtlosen elektrischen Übertragungssystemen und den Systemen in Kabeln?
5. Gebräuchliche Geräte und Verfahren in der Vermittlungstechnik, um einer großen Zahl von dringenden Teilnehmeranträgen auf einen Fernsprechananschluß in einem ausgedehnten Bereich eines Ortsnetzes zu begegnen (z. B. Vorfeld-einrichtungen usw.).

Mittwoch, den 5. Juli 1967:

- 9.00 Uhr: Technische Vorträge.
11.00 Uhr: Abfahrt zum Lunch nach Antwerpen.
14.00 Uhr: Besichtigung industrieller Betriebe.
19.30 Uhr: Abendessen und künstlerische Darbietungen.

Donnerstag, den 6. Juli 1967:

- 9.00 Uhr: Technische Vorträge.
20.00 Uhr: Konzert auf dem Grand Place in Brüssel vor dem Rathaus, ebendort um
21.00 Uhr: Der „Ommegang“, Trachtenumzug in Kostümen belgischer Landschaften verschiedener Epochen.
Anschließend Empfang durch den Herrn Bürgermeister von Brüssel im Rathaus und RAOUT (festlicher Aufenthalt in allen Räumen des Rathauses).

Freitag, den 7. Juli 1967:

- 9.00 Uhr: Besichtigung industrieller Betriebe.
Tagung der Studienkommissionen.
11.00 Uhr: Abfahrt zur Besichtigung von Großbaustellen am Kanal Charleroi – Brüssel.

19.30 Uhr: Abendgesellschaft im „Palais des Beaux-Arts“ in Charleroi.

Sonnabend, den 8. Juli 1967:

10.00 Uhr: Generalversammlung der F.I.T.C.E. in den Räumen der Conscriptio télégraphique von Brüssel, boulevard de l'Imperatrice, 17-19.

12.30 Uhr: Schlußbankett
im Hotel Métropool, Place de Brouckère, unter der Präsidentschaft des belgischen Staatsministers für Post, Telegraph und Telephon, Herrn Maise.

J. Böwering

Aus dem Bezirksverein Hamburg

Studienreise nach Griechenland und Kleinasien vom 15. 9. bis 8. 10. 1967 für 1500,- DM

Reiseverlauf: Anreise nach München mit Schlafwagen ab Hamburg über Hannover oder ab Dortmund über Köln – Frankfurt.

Gemeinsame Tagesreise am 16. 9. von München nach Venedig. Schiffsreise mit der „Jason“ (5000 BRT) über Corfu (Ausflug nach Kanoni und Palaiokastritsa) – Itea (Delphi) nach Piraeus.

3-4 Tage Aufenthalt in Athen mit Stadtrundfahrt, Besuch der Akropolis, des Nationalmuseums, Ausflug nach Sounion usw. (Weinfest in Daphni).

Route A. Weiterreise bei Heimreise mit Flugzeug:

4 Tage Busrundfahrt über Korinth – Mykene – Epidauros – Bassai – Olympia – Piraeus, weiter mit der „Jason“ nach Kreta (Archäol. Museum in Hiraklion und Knossos) – Santorin – Rhodos (3 Tage Erholungsaufenthalt), mit Schiff nach Marmaris, Busreise (2 1/2 Tage): Mugla – Didyma – Priene – Milet – Kusadassi (Übernachtung) – Ephesos – Izmir – Pergamon – Izmir (Übernachtung) – Bursa (Übernachtung) – Istanbul (3 Tage Aufenthalt mit Stadt- und Bosphorusrundfahrt, Besuch der wichtigsten Sehenswürdigkeiten).

Heimflug von Istanbul nach München bzw. Hannover (Bus nach Hamburg) oder Düsseldorf (Rückkehr am 7. 10.).

Route B. Weiterreise bei Heimreise mit Schiff und Eisenbahn:

Busausflug (3 Tage) nach Kamena Vourla (Thermopylen) – Meteoraklöster, mit Schiff nach

Kreta (Archäol. Museum in Hiraklion und Knossos), mit Flugzeug nach Rhodos (3 Tage Erholungsaufenthalt), mit der „Jason“ über Kusadassi (Ephesos) – Istanbul (2 1/2 Tage mit Stadtrundfahrt und Besichtigungen) – Delos – Mykonos nach Piraeus, weiter mit Bus über Korinth – Mykene – Epidauros (Übernachtung in Tolon) – Bassai – Olympia (Übernachtung) nach Patras, weiter mit Fährschiff nach Brindisi und mit D-Zug im Schlafwagen nach Bozen und im Sitzwagen nach München.

Die Route B ist in erster Linie für die Reisetilnehmer aus Süd- und Südwestdeutschland vorgesehen.

Die Schiffsreisen werden sehr erholsam sein. Die „Jason“ ist sehr luxuriös, vollklimatisiert und hat ein Schwimmbecken. An Bord ist eine Tanzkapelle. Badegelegenheit bei sommerlichen Luft- und Wassertemperaturen ist u. a. auf Corfu, Kreta, Rhodos, in Neuplia (Tolon), Sounion und Kusadassi.

Die **Reisekosten** betragen 1500,- DM und umfassen sämtliche Fahrkosten, Unterbringung in sehr guten Hotels, volle Verpflegung, alle Ausflüge, Führungen und Eintrittsgelder, auch die „freiwilligen“ Trinkgelder für Stewards, Bedienung, Fahrer, usw. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern ohne Bad und in gut ausgestatteten vollklimatisierten Innenkabinen mit 2 Betten im Vorschiff. Waschbecken sind in den Kabinen. Außerdem sind allgemeine Duscheinrichtungen vorhanden. Einzelzimmer werden nur in sehr geringer Anzahl gegen Zuschlag zur Verfügung stehen. Sonderwünsche auf Schlafwagenplätze 1. Klasse können gegen Zuzahlung berücksichtigt werden. Gegen Zuzahlung von 150,- DM je Person können für die Strecke Venezia – Piraeus Kabinen mit Dusche und WC abgegeben werden.

Der allgemeine Reisetilnehmerpreis ist unabhängig vom Abreiseort in der Bundesrepublik. Bei der Rückerstattung der nichtverbrauchten Reisekosten werden die unterschiedlichen Reisekosten zwischen München und dem Abreiseort berücksichtigt.

Da die Reise nicht auf gewerblicher Basis organisiert wird, werden **umgehend Anmeldungen und Anzahlungen erbeten.**

Anmeldungen werden auf **Postkarte** an
OPDir Dr. Kessler, 2 Hamburg 1, Postamt 3

mit folgenden Angaben erbeten: Namen der Reisetilnehmer, Anschrift und Telefonnummer, Abreiseort, Rückreise mit Flugzeug oder Schiff/Bahn, Sonderwünsche. Erfahrungsgemäß sind spätere Abbestellungen immer noch möglich, so daß im gleichen Umfang Nachzügler berücksichtigt werden können. Monatliche Anzahlung von 200-250 DM je Reisetilnehmer werden auf **Postscheckkonto** Dr. Kessler, PSchA Hmb 305 58 erbeten, der unter Hamburg (0411) 24 62 19 auf Wunsch weitere Auskünfte erteilt.

**Heimbs
Kaffee**

aerotherm geröstet

(Deutsches Bundespatent und Auslandspatente)

**ein Vollkaffee
edel und bekömmlich**

Jede Mischung Heimbs Kaffee ist »aerotherm« geröstet. Bei vollem Coffeingehalt ist Heimbs Kaffee hocharomatisch und mild, für viele Magen-, Darm-, Leber- und Stoffwechsel-Empfindliche und für viele Herz- und Kreislauf-Leidende besonders bekömmlich.